



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

41. Jahrgang

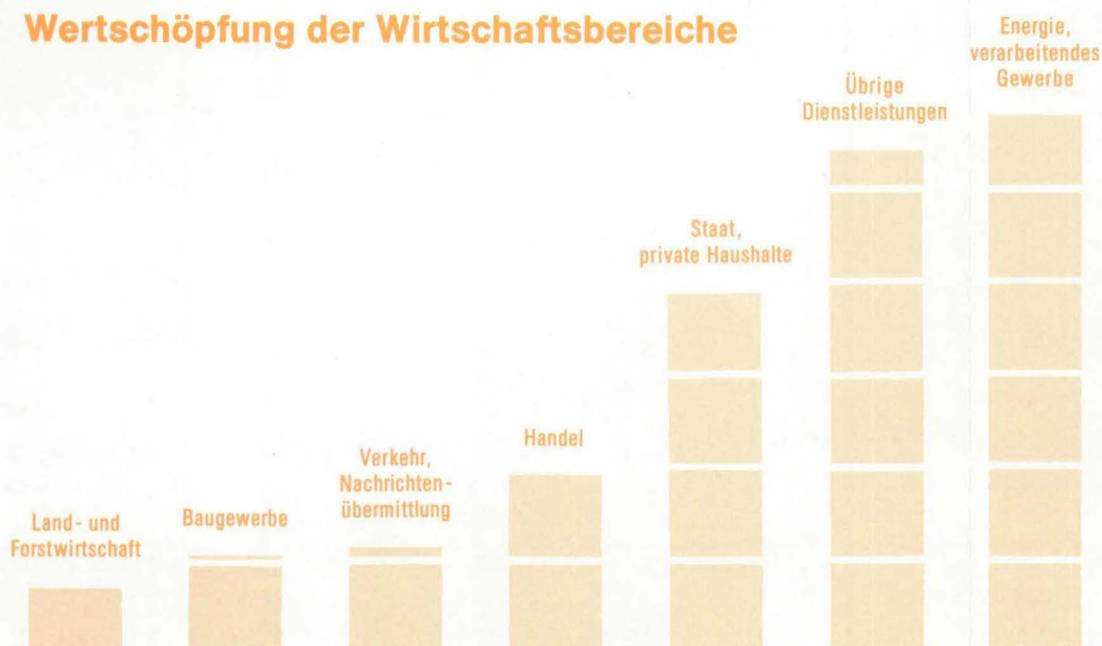
Heft 9

September 1989

Grafik des Monats: Europawahl am 18. Juni 1989
Aufsätze: Bevölkerung nach dem Schulabschluß
Europawahl 1989
Hofnachfolge in landwirtschaftlichen Betrieben
Kurzbericht: Verarbeitendes Gewerbe:
Inlandsbestellungen ziehen nach

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe 1					
		Juli 1989		Januar bis Juli 1989	
Beschäftigte	1 000	170	+ 2,3	168	+ 2,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	+ 7,7	15	+ 0,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	613	+ 3,3	601	+ 5,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 198	+ 8,8	3 262	+ 7,8
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 437	+ 11,9	2 474	+ 8,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	761	- 0,2	788	+ 6,2
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 986	+ 25,3	2 106	+ 13,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 338	+ 25,8	1 406	+ 17,2
aus dem Ausland	Mill. DM	648	+ 24,2	700	+ 5,6
Energieverbrauch	1 000 t SKE				
Bauhauptgewerbe 2					
Beschäftigte	1 000	38	- 5,7	37	- 3,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	4	- 3,2	4	+ 0,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	115	- 1,4	103	+ 3,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	403	+ 2,0	325	+ 8,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	257	+ 1,8	221	- 3,2
Baugenehmigungen 4					
Wohnbau	Wohnungen	681	- 3,9	633	+ 4,3
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	671	- 7,8	459	+ 1,5
Einzelhandel					
		Juni 1989		Januar bis Juni 1989	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	115,8	+ 4,2	109,8	+ 5,6
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	130,9	+ 1,2	100,3	+ 3,0
Fremdenverkehr 5					
Ankünfte	1 000	p 390	p- 0,5	p 245	p+ 7,5
Übernachtungen	1 000	p 2 117	p- 6,2	p 1 139	p+ 2,0
Arbeitsmarkt					
		Juli 1989		Januar bis Juli 1989	
Arbeitslose	Anzahl	95 351	- 8,2	105 437	- 6,7
Außenhandel					
		April 1989		Januar bis April 1989	
Ausfuhr	Mill. DM	948,4	+ 20,0	1 041,9	+ 28,1
Kredite 6					
		Juni 1989		Januar bis Juni 1989	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 265	+ 1,8	8 852	+ 0,5
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	50 888	+ 3,3	50 526	+ 3,0

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

41. Jahrgang

Heft 9

September 1989

Aktuelle Auslese

Wohngeldempfänger in Schleswig-Holstein Ende 1988



Am 31. Dezember 1988 erhielten nicht ganz 113 000 Haushalte in Schleswig-Holstein Wohngeld. Damit verringerte sich die Zahl der Wohngeldempfänger im Vergleich zum Vorjahr um 4 100 (3,5 %). Während an 98 500 Haushalte das Wohngeld in Form eines Mietzuschusses gezahlt wurde, erhielten 14 300 Eigentümer eines Hauses oder einer Wohnung es als Lastenzuschuß.

Die Gesamtausgaben für Wohngeld, die je zur Hälfte vom Land und vom Bund getragen werden, lagen mit 238 Mill. DM um 2,2 % unter denen des Vorjahres. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch ist im Dezember 1988 gegenüber dem Vorjahr um 2 DM auf 160 DM gestiegen.

Bezogen auf die soziale Stellung des Haushaltsvorstandes stellen auch 1988 die Rentner und Pensionäre mit gut 32 % die größte Gruppe der Wohngeldempfänger. Der Anteil der Erwerbstätigen belief sich auf rund 26 %; 15 % aller Wohngeldempfänger waren arbeitslos. Weitere 25 % der Wohngeldbezieher waren sonstige Nichterwerbstätige, und zwar zum weitaus größten Teil Haushalte, die ausschließlich von Sozialhilfe lebten.

Studentenzahl steigt weiter



Im Sommersemester 1989 sind an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 34 082 Studenten eingeschrieben. Das sind 5 % mehr als im Sommersemester 1988. Der Frauenanteil liegt unverändert bei 37 %. Die Zahl der Studienanfänger stieg um 9 % auf 1 634.

Die meisten Studenten (18 266) besuchen ein Universität. 17 012 (+ 2 % gegenüber Sommersemester 1988) davon studieren an der CAU Kiel. 1 173 (+ 5 %) sind an der Medizinischen Universität Lübeck und 81 (+ 19 %) an der Nordischen Universität eingeschrieben.

An den beiden pädagogischen Hochschulen sind 1 953 Studierende immatrikuliert. Während die Zahl in Flensburg mit 562 fast konstant blieb, stieg sie in Kiel um 8 % auf 1 391. An der Musikhochschule Lübeck werden 329 (+ 8 %) Studenten ausgebildet. Die Zahl der Studenten an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschule) erhöhte sich um 9 % auf 12 693. Davon studieren in Flensburg 1 560 (+ 15 %), in Kiel 5 083 (+ 2 %), in Lübeck 2 619 (+ 16 %), in Wedel 1 082 (+ 9 %) und an der Fernfachhochschule Rendsburg 2 349 (+ 15 %). Die einzige Hochschule, deren Studentenzahl abnahm, ist die Verwaltungsfachhochschule mit 841 Studierenden (- 4 %).

1988 deutlich mehr Einbürgerungen



1988 erwarben in Schleswig-Holstein 643 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit auf dem Wege der Einbürgerung, 203 mehr als im Vorjahr. Es ist das höchste Ergebnis seit Beginn der Nachweisung dieser Verfahren (1950). Unter den neuen deutschen Staatsbürgern waren 303 Frauen und Mädchen.

Die Zahl der Anspruchseinbürgerungen stieg 1988 um 54 auf 202, die Ermessenseinbürgerungen nahmen um 149 auf 441 zu.

104 Eingebürgerte waren Kinder unter 15 Jahren, 516 waren im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, nur 23 waren schon im Rentenalter.

433 der Eingebürgerten hatten zuvor eine europäische Staatsangehörigkeit gehabt, 120 waren aus dem asiatischen Raum, 28 aus Afrika und 22 aus Amerika gekommen. 40 Personen waren staatenlos gewesen, oder ihre Staatsangehörigkeit ließ sich nicht klären. Die größte Einzelgruppe bildeten 247 polnische Staatsangehörige, gefolgt von 39 Türken und 32 Jugoslawen.

Bevölkerung zur Volkszählung 1987 nach dem Schulabschluß

Angesichts der bevorstehenden Integration der einzelnen westeuropäischen Märkte zu einem gemeinsamen Binnenmarkt wird zur Zeit eine intensive Diskussion über das wirtschaftliche Leistungsvermögen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bundesrepublik Deutschland geführt. Über alle Meinungsgrenzen hinweg besteht aber Einigkeit, daß der Ausbildungsstand der Bevölkerung die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft entscheidend mitbestimmt.

Präzise, regional untergliederte Informationen zu dieser Determinante gewinnt die amtliche Statistik der Bundesrepublik in den Volkszählungen sowie zwischen diesen Erhebungen, auf Bundeslandebene, über die 1%-Haushaltsstichprobe, den Mikrozensus. Aus der Volkszählung 1987 liegen nunmehr 17 Jahre nach der vorangegangenen Zählung neue Totalerhebungszahlen für Schleswig-Holstein vor, von denen im vorliegenden Aufsatz diejenigen zur schulischen Ausbildung der Bevölkerung präsentiert werden sollen. Auf Resultate zur praktischen Berufsausbildung wird in einer weiteren Darstellung einzugehen sein.

Vor der Darstellung der Ergebnisse nach dem Schulabschluß wird im folgenden darauf eingegangen, wieviele Schüler und Studierende gezählt wurden und wieviele Personen sich demgegenüber noch nicht oder nicht mehr in der Schulausbildung befanden.

Die langfristige Entwicklung des Ausbildungsstandes der Bevölkerung wird im Vergleich mit den Ergebnissen von 1970 geschildert. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dieser stichtagsbezogene Vergleich nicht zwangsläufig eine stetige Entwicklung abbildet.

Bevölkerung vor, in und nach der Schulausbildung

Zum Stichtag 25. Mai 1987 betrug die Zahl der in Schleswig-Holstein wohnhaften Schüler und Studierenden 361 000, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 14 % entsprach. Im Vergleich zur Erhebung 1970 verringerten sich sowohl der Anteilswert (um 1 Prozentpunkt) als auch die Anzahl (um 5 %). Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen zu den Stichtagen der Volkszählungen verständlich. Während die Altersjahrgänge der 6- bis 14jährigen 1970 wesentlich stärker besetzt gewesen waren als 1987, verhält es sich bei den Altersjahrgängen der 15- bis 29jährigen genau umgekehrt.

Dies hatte einen Rückgang der Summe aus Schülern und Studenten zur Folge, da von den 6- bis 14jährigen Kindern nahezu alle schulpflichtig sind, wogegen bei den über 14jährigen Personen mit zunehmendem Alter der Anteil der in schulischer bzw. in akademischer Ausbildung befindlichen tendenziell abnimmt.

Unterschiede in der Geschlechterproportion zeigten sich kaum. Die Zahl der männlichen Schüler und Studenten sank um 7 % und damit um 4 Prozentpunkte stärker als die Zahl ihrer Mitschülerinnen und Kommilitoninnen. Trotzdem übertraf 1987 die Zahl der Schüler und Studenten (188 000) die der Schülerinnen und Studentinnen noch um 15 000.

Zahl und Anteil der noch nicht in der Schulausbildung befindlichen Kinder waren 1987 nur noch gut halb so groß wie 1970. Unter diesen 164 000 Kindern, gut 6 % der Bevölkerung, waren die Jungen etwas stärker vertreten als die Mädchen.

Natürlich war 1987 wie auch 1970 das Gros der Bevölkerung nicht mehr in der Schulausbildung oder in einem Studium, hatte also bereits einen allgemeinbildenden Schulabschluß erreicht und besuchte zum

Bevölkerung¹ vor, in und nach der Schulausbildung² 1970 und 1987 nach dem Geschlecht

	Volkszählung am 27. Mai 1970			Volkszählung am 25. Mai 1987		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Bevölkerung						
Einw. in 1 000	1 188	1 306	2 494	1 229	1 326	2 554
%	100	100	100	100	100	100
Davon						
Noch nicht in Schulausbildung						
Einw. in 1 000	151	142	293	84	80	164
%	13	11	12	7	6	6
Schüler und Studierende						
Einw. in 1 000	203	178	381	188	173	361
%	17	14	15	15	13	14
Nicht mehr in Ausbildung						
Einw. in 1 000	834	986	1 821	956	1 073	2 029
%	70	75	73	78	81	79

1) 1970: Wohnbevölkerung
1987: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung
2) einschließlich Hochschulausbildung

Zeitpunkt der Volkszählung keine weiterführende allgemein- oder berufsbildende Schule mehr. 1987 zählten zu dieser Bevölkerungsgruppe 2,03 Millionen Personen und damit vier von fünf Einwohnern Schleswig-Holsteins. Gegenüber der Erhebung 1970 bedeuten diese Zahlen eine deutliche Steigerung: Die Personenzahl erhöhte sich um 209 000 oder 11 %, und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wuchs um 6 Prozentpunkte. Die Zunahme geht überwiegend auf den Anstieg der Zahl der Männer mit beendeter Schulausbildung zurück. Dieser machte zwischen 1970 und 1987 122 000 Personen aus, während die entsprechende Zahl der Frauen im gleichen Zeitraum nur um 87 000 Personen zulegte. Die Gesamtzahl der nicht mehr in der Schulausbildung stehenden Frauen (1,07 Millionen) übertraf jene der Männer (0,96 Millionen) dennoch um 117 000. Das ist im wesentlichen auf die höhere Lebenserwartung der Frauen zurückzuführen, die sich darin ausdrückt, daß von den 541 000 Schleswig-Holsteinern im Alter von mindestens 60 Jahren 344 000 Frauen und nur 197 000 Männer sind.

Zählweise

Zur Schulausbildung wurden 1987 im Personenbogen der Volkszählung zwei Fragen gestellt: eine Frage zum allgemeinbildenden Schulabschluß und eine weitere, zweigeteilte Frage zum Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule. Die Fragen waren unabhängig voneinander zu beantworten, so daß für Personen, die sowohl einen allgemeinbildenden als auch einen berufsbildenden Abschluß vorzuweisen hatten, im aufbereiteten Datenmaterial Angaben zu beiden Ausbildungswegen vorliegen. Entsprechend den

Fragestellungen mußten Personen, die mehrere allgemein- bzw. berufsbildende Schulabschlüsse erreicht hatten, lediglich ihren jeweils höchsten Schulabschluß markieren. Die Personen wurden zum jeweiligen Merkmal also nur einmal gezählt. Die Personen mit beruflichem Schul- bzw. Hochschulabschluß hatten zusätzlich zur Angabe der Abschlußart auch die Hauptfachrichtung des Abschlusses anzugeben.

Auskunftspflicht zu den Schulbildungsfragen bestand für alle Personen im Alter von 15 bis einschließlich 64 Jahren. Es wurde damit nur jener Teil der Bevölkerung befragt, aus dem sich, abgesehen von einer geringen Zahl von Erwerbstätigen im Alter von 65 und mehr Jahren, die Erwerbstätigen rekrutieren.

Der Vergleich mit den Ergebnissen der Erhebung 1970 ist insofern erschwert, als anders als 1987 damals lediglich eine Frage nach dem höchsten allgemein- und berufsbildenden Schulabschluß gestellt worden war und somit zu beiden Merkmalen je Person maximal eine Angabe vorliegt. Um eine ungefähre Vergleichbarkeit der Zahlen herzustellen, wurden Personen, die 1970 mit einem berufsbildenden Schulabschluß gezählt worden waren, demjenigen allgemeinbildenden Schulabschluß schätzweise zugeordnet, der damals Zugangsvoraussetzung zu ihrer beruflichen Bildung war. Da auf diesem Wege keine gezielte Zuordnung zum Hauptschul- oder Mittlere-Reife-Abschluß möglich war, werden beide Abschlußarten für 1970 zusammengefaßt ausgewiesen.

Allgemeinbildender Schulabschluß

Ein Schulabschluß im Sinne der Zählung lag vor, wenn der allgemeinen Vollzeitschulpflicht genügt oder ein Abschlußzeugnis ausgehändigt bzw. eine Abschlußprüfung abgelegt worden war.

Unter „Abschluß an einer Volksschule, Hauptschule“ erscheinen neben den Volksschul- und Hauptschulabsolventen auch Personen, die von einer Realschule, einem Gymnasium o. ä. vor Erreichen des Realschulabschlusses abgegangen sind. Personen, die eine Sonderschule besucht haben, werden ebenfalls dort nachgewiesen. Von den Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren haben bei dieser Darstellung demnach nur diejenigen keinen Schulabschluß, die am Zählungstichtag noch in eine allgemeinbildende Schule gingen.

Als Realschul- oder als gleichwertiger Abschluß gilt der mittlere Schulabschluß. Außer an Realschulen ist er u. a. an Gymnasien und Gesamtschulen mit dem

FÜR PERSONEN VON 15 BIS 65 JAHRE

Falls Sie einen Abschluß an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule/Hochschule haben:

- 9** Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie ?
- Volksschule, Hauptschule · ·
 - Realschule/gleichwertiger Abschluß (z. B. Mittlere Reife) · ·
 - Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife · ·
- 10 a)** Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule haben Sie ?
- Berufsfachschule (ohne Berufsschule) · ·
 - Fachschule · ·
 - Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule) · ·
 - Hochschule (einschließlich Lehrerausbildung) · ·
- b) Welche Hauptfachrichtung hat dieser Abschluß ?**



Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang sowie an Berufsaufbauschulen oder Berufsfachschulen zu erlangen.

Wurde durch den Schulabschluß — z. B. an einem Gymnasium, einem Fachgymnasium oder einer Fachoberschule — die Berechtigung zum Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium erworben, war im Erhebungsbogen „Hochschul-/Fachhochschulreife“ zu markieren.

Abschlüsse an Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges (z. B. Abendgymnasium) wurden entsprechend berücksichtigt.

Bevölkerung¹ 1970 und 1987 nach höchstem Abschluß an allgemeinbildenden Schulen

	Volkszählung am 27. Mai 1970 ^a			Volkszählung am 25. Mai 1987		
	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt
Bevölkerung mit allgemeinbildendem Schulabschluß Einw. in 1 000 %	715 100	779 100	1 494 100	861 100	845 100	1 706 100
Davon mit ... in %						
Volks-/Haupt- schulabschluß				60	59	60
Realschul- oder gleichwertigem Abschluß	93	96	95	23	29	26
Hochschul-/Fach- hochschulreife	7	4	5	17	12	14

1) 1970: Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren
1987: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung
im Alter von 15 bis 64 Jahren

a) Unter Berücksichtigung der berufsbildenden Abschlüsse
geschätzte Zahlen

Die Volkszählung 1987 ergab 1,71 Millionen Personen — davon 0,86 Millionen Männer und 0,85 Millionen Frauen — mit allgemeinbildendem Schulabschluß. Das sind 96 % der 15- bis 64jährigen Gesamtbevölkerung, die übrigen 4 % gehen noch — wie bereits gesagt — auf eine allgemeinbildende Schule. Der überwiegende Teil davon, nämlich 60 %, hatte einen Volks-/Hauptschulabschluß erreicht. 26 % wiesen die mittlere Reife, 14 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife als höchsten Abschluß auf.

Während die Anteile der Volks-/Hauptschulabsolventen bei Männern und Frauen fast identisch waren (60 % bzw. 59 %), gibt es bei den anderen Abschlußarten Abweichungen. So hatten 29 % der Frauen, aber nur

23 % der Männer, einen Realschulabschluß. Umgekehrt verhält es sich bei der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Hier ist der Anteilswert von 17 % bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen mit 12 %.

Im Vergleich zu 1970 war 1987 die Zahl der 15- bis 64jährigen Schleswig-Holsteiner mit allgemeinem Schulabschluß um 14 % gestiegen. Die Zunahme der Absolutzahlen gilt für alle Arten von Schulabschlüssen und jeweils auch für Männer und Frauen. Allerdings ist der Zählungsvergleich, wie bereits geschildert, für Volksschule und Realschule nur zusammengefaßt möglich.

Die Entwicklung ist u. a. dadurch zu erklären, daß mittlerweile die große Mehrzahl der geburtenstarken 60er Altersjahrgänge einen allgemeinbildenden Schulabschluß aufzuweisen hat und demgegenüber schwächer besetzte Altersjahrgänge dem Erwerbstätigenalter entwichen sind.

Die Verteilung der Bevölkerung auf die Abschlußarten hat sich in Richtung Hochschul-/Fachhochschulreife verschoben. Hatten 1970 nur 5 % der Personen das Abitur erlangt — der Abschluß Fachhochschulreife spielte vor 1970 zahlenmäßig keine Rolle und wurde dementsprechend nicht erfragt —, so war der Anteil der Personen mit Abitur und Fachhochschulreife 1987 mit 14 % fast dreimal so groß.

Bei den Männern erhöhte sich der Anteil von 7 % auf 17 %, bei den Frauen von 4 % auf 12 %. Die relative Steigerung der Anteilswerte war bei den Frauen also merklich größer als bei den Männern. Trotzdem lag der Anteil der Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife bei den Männern 1987 noch um 5 Punkte höher als bei den Frauen, während er 1970 nur um 3 Punkte höher gelegen hatte. Diese Besonderheit ist darauf zurückzuführen, daß durch die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs wesentlich mehr Frauen aus der Altersgruppe der 15- bis 64jährigen herausgewachsen sind als Männer. So erhöhte sich die Zahl der Männer in dieser Altersgruppe 1987 gegenüber 1970 um 160 000 (22 %) auf 900 000, die der Frauen dagegen nur um 81 000 (10 %) auf 880 000.

Trotz der geschilderten Entwicklung in Richtung allgemeine Hochschul-/Fachhochschulreife hatte 1987 immer noch die große Mehrzahl von Personen, nämlich 86 von 100, entweder Volks-/Hauptschule oder Realschule als höchsten allgemeinbildenden Schulabschluß erreicht. 1970 waren es allerdings noch 95 von 100 Personen gewesen.

Beruflicher Schul- bzw. Hochschulabschluß

Die bisher vorliegenden Volkszählungsergebnisse unterscheiden zwischen Abschlüssen an Berufsfach- und Fachschulen einerseits sowie Fachhochschulen und Hochschulen andererseits. An Berufsschulen, die während der praktischen Berufsausbildung zu besuchen sind, kann kein berufsbildender Abschluß erworben werden.

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, deren freiwilliger Besuch ganz oder teilweise den Pflichtbesuch einer Berufsschule ersetzen kann. Zu den Berufsfachschulen gehören u. a. Handelsschulen, höhere Handelsschulen, Sprachen- und Dolmetscherschulen sowie Haushaltsschulen.

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen und können freiwillig nach einer praktischen Berufsausbildung oder -erfahrung von Jugendlichen besucht werden, die nicht mehr berufsschulpflichtig und mindestens 18 Jahre alt sind. Hierzu gehören u. a. Technikerschulen, Landwirtschaftsschulen und Meisterschulen.

Zu den Hochschulen, Fachhochschulen rechnen die wissenschaftlichen Hochschulen (u. a. Universitäten, technische und pädagogische Hochschulen), die Kunsthochschulen sowie die Fachhochschulen ein-

Bevölkerung¹ 1970 und 1987 nach höchstem beruflichem Schul- bzw. Hochschulabschluß

Bevölkerung mit beruflichem Schulabschluß bzw. Hochschulabschluß	Volkszählung am 27. Mai 1970			Volkszählung am 25. Mai 1987		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Insgesamt						
Einw. in 1 000	125	79	205	204	150	354
in % ^a	17	10	13	23	17	20
Davon mit ...						
Berufsfach-/ Fachschule²						
Einw. in 1 000	82	64	146	100	98	199
in % von Zeile 1	65	80	71	49	65	56
Hochschule/Fachhochschule						
Einw. in 1 000	44	16	59	104	52	156
in % von Zeile 1	35	20	29	51	35	44

- 1) 1970: Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren
1987: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 15 bis 64 Jahren
2) 1970 einschließlich Absolventen höherer Fachschulen. Diese wurden 1987 unter „Fachhochschule“ gezählt.
a) der 15- bis 64jährigen Bevölkerung

schließlich der Verwaltungsfachhochschulen. Die Ingenieur- und höheren Fachschulen als Vorgänger der Fachhochschulen wurden 1987 als solche berücksichtigt. Der Vergleich mit den 70er Zahlen ist allerdings insofern verzerrt, als Absolventen der höheren Fachschulen 1970 noch unter dem Abschluß Fachschule gezählt worden waren. Absolventen der früheren Lehrerseminare und Lehrerbildungsanstalten wurden 1970 und 1987 unter Hochschulabschluß erfaßt.

Zum Stichtag der Volkszählung 1987 wiesen insgesamt 354 000 Schleswig-Holsteiner und damit 20 % der 15- bis 64jährigen Bevölkerung einen beruflichen Schul- oder Hochschulabschluß auf. 56 % davon hatten den Abschluß an einer Berufsfach- oder Fachschule erreicht, die restlichen 44 % einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß. Der Anteil der Männer an der Bevölkerung mit abgeschlossenem Studium oder beruflichem Schulabschluß war mit 58 % deutlich höher als der der Frauen. Dabei sind die Frauenquoten bei der Abschlußkategorien bemerkenswert verschieden. Von 100 Männern mit berufsbildendem Schul- bzw. Hochschulabschluß hatten 49 einen Berufsfach- oder Fachschulabschluß und 51 einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß. Die Verteilung ist hier also nahezu ausgeglichen, wogegen bei den Frauen der Abschluß an der Berufsfach- oder Fachschule klar überwog. Er war fast doppelt so häufig wie ein Hochschul- oder Fachhochschulabschluß.

Die Bevölkerung mit einem beruflichen Schul- bzw. Hochschulabschluß hat gegenüber 1970 um 149 000 Personen oder 73 % deutlich zugenommen. Das Plus fiel bei den Männern mit 79 000 etwas stärker aus als bei den Frauen (71 000). Der relative Anstieg war bei den Frauen mit 90 % jedoch klar höher als bei den Männern mit 64 %.

Daß die Zahl der Menschen mit schulischer oder akademischer Berufsausbildung zugenommen hat, konnte aufgrund der bereits geschilderten demographischen Einflüsse erwartet werden. Bei dem Ausmaß des Zuwachses dürften diese allerdings nicht die einzige Erklärung darstellen. Von großer Bedeutung ist sicherlich auch das wesentlich erweiterte Schul- bzw. Hochschulsystem und ein verändertes Ausbildungsverhalten, insbesondere bei den Frauen, gewesen.

Die Anzahl von Personen, die einen Abschluß an einer Berufsfach- oder Fachschule erlangt hatten, ist unterdurchschnittlich um 36 % angewachsen. Bei den Frauen ist aber die Absolventenzahl um 54 %, bei den Männern lediglich um 23 % gestiegen.

Äußerst bemerkenswert ist die Entwicklung der Anzahl der Akademiker verlaufen. Sie wuchs um 163 %. Der Zugewinn bei den Männern (60 000) überragte den bei den Frauen um 24 000 Personen. Bezogen auf die relative Entwicklung sieht das Bild anders aus. Während sich die Zahl der männlichen Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen gut verdoppelte, hat sie sich bei den Frauen sogar mehr als verdreifacht.

Schulische Bildung der Bevölkerung in den Kreisen

Beim Vergleich der Kreisergebnisse nach dem höchsten allgemeinen Schulabschluß zeigt sich zunächst als Gemeinsamkeit, daß in allen kreisfreien Städten und Kreisen der Anteil der Volks-/Hauptschulabsolventen mit durchschnittlich 60 % der größte ist und die mittlere Reife häufiger ist als Fachhochschulreife oder Abitur. Die Anteilswerte der Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulreife sowie mit Volks-/Hauptschule variierten von Kreis zu Kreis jeweils um maximal 13 Prozentpunkte, während die Spannbreite beim Realschulabschluß lediglich 6 Prozentpunkte betrug. Ein überdurchschnittlicher Anteil von Abiturienten und Personen mit Fachhochschulreife in einer kreisfreien Stadt oder einem Kreis (Höchstwerte: Kiel 22 % und Stormarn 18 %) ging dort in der Regel mit einem unterdurchschnittlichen Anteil von Volks-/Hauptschulabsolventen einher (Tiefstwerte: Kiel und Stormarn mit jeweils 53 %). Umgekehrt wiesen nahezu alle kreisfreien Städte und Kreise mit unterdurchschnittlichen Anteilswerten von Schulabgängern höherer Schulen (Tiefstwerte: Dithmarschen und Steinburg mit jeweils 10 %) überdurchschnittliche Quoten von Personen mit Volks-/Hauptschulabschluß auf (Höchstwerte: Dithmarschen 66 % und Steinburg 67 %).

Von der schleswig-holsteinischen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren hatte jeder fünfte einen Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule. Dieser Anteil liegt in den kreisfreien Städten und Kreisen zwischen 24 % im Kreis Stormarn und 16 % in Neumünster.

Die Zahl der Berufsfach- und Fachschulabsolventen überstieg, mit einer Ausnahme, in allen kreisfreien Städten und Kreisen die Zahl der Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen. Die Ausnahme bildete Kiel, wo es 2 500 mehr Akademiker als Personen mit Berufsfach- oder Fachschulabschluß gab. Die Anteilswerte je Abschlußkategorie schwankten zwischen den kreisfreien Städten und Kreisen um maximal 19 Prozentpunkte. Die Extremwerte besetzten Kiel (54 % Hochschul- und Fachhochschulabsolventen, 46 % Berufsfach- und Fachschulabsolventen) und Nordfries-

land (35 % Hochschul- und Fachhochschulabsolventen, 65 % Berufsfach- und Fachschulabsolventen).

Bevölkerung am 25. Mai 1987 im Alter von 15 bis 64 Jahren nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluß ...

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung mit allgemein- bildendem Schulabschluß		Davon mit		
	Ein- wohner in 1 000	% ^a	Volks-/ Haupt- schule	Real- schule oder gleich- wertigem Abschluß	Hoch- schul-/ Fach- hoch- schul- reife
			Anteile in %		
FLENSBURG	57	96,1	59,7	25,0	15,3
KIEL	160	96,6	53,1	24,7	22,3
LÜBECK	138	96,4	62,0	24,3	13,7
NEUMÜNSTER	53	96,1	65,5	23,6	10,9
Dithmarschen	82	95,3	66,0	24,5	9,6
Hzgt. Lauenburg	102	96,2	60,5	25,9	13,6
Nordfriesland	100	95,9	64,5	24,8	10,7
Ostholstein	120	95,7	61,4	26,4	12,2
Pinneberg	180	96,0	55,8	28,1	16,1
Plön	77	95,2	57,5	27,1	15,4
Rendsburg-Eckernförde	161	95,2	59,1	26,2	14,8
Schleswig-Flensburg	116	95,3	63,9	24,6	11,5
Segeberg	146	95,6	58,8	27,7	13,5
Steinburg	83	95,8	66,6	23,6	9,9
Stormarn	132	95,7	52,7	29,2	18,1
Schleswig-Holstein	1 706	95,8	59,6	26,0	14,4

... und nach beruflichem Schulabschluß in den kreisfreien Städten und Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung mit beruflichem Schul- bzw. Hochschul- abschluß		Davon mit	
	Ein- wohner in 1 000	% ^a	Berufs- fach-/ Fachschule	Hoch- schule/ schule
			Anteile in %	
FLENSBURG	11	18,1	52,8	47,3
KIEL	34	20,5	46,4	53,6
LÜBECK	25	17,3	54,2	45,8
NEUMÜNSTER	9	15,9	59,7	40,3
Dithmarschen	15	16,8	63,7	36,3
Hzgt. Lauenburg	21	20,3	57,2	42,8
Nordfriesland	19	18,7	65,1	35,0
Ostholstein	24	19,3	58,7	41,3
Pinneberg	41	22,1	54,4	45,6
Plön	18	22,0	54,7	45,4
Rendsburg-Eckernförde	35	20,8	54,0	46,0
Schleswig-Flensburg	23	18,8	62,4	37,6
Segeberg	32	20,8	58,5	41,5
Steinburg	15	17,1	63,1	36,9
Stormarn	33	23,8	51,5	48,5
Schleswig-Holstein	354	19,9	56,1	43,9

a) der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren

Schleswig-Holstein im Ländervergleich

In den übrigen Bundesländern ergibt sich ein ähnliches Bild wie in Schleswig-Holstein: In allen Ländern weisen mindestens 50 % der Personen einen Volks-/Hauptschulabschluß auf und gab es mehr Menschen mit mittlerer Reife als mit Hochschul- oder Fachhochschulreife. Bezogen auf die einzelnen Abschlußarten streuen die Länderergebnisse allerdings erheblich um die Anteilswerte im Bundesgebiet insgesamt. Schleswig-Holstein hatte einen wesentlich höheren Anteil an Realschulabsolventen als im Bundesdurchschnitt (26 % gegenüber 21 %), während Abitur/Fachhochschulreife leicht (14 % gegenüber 16 %) und Volks-/Hauptschule sogar merklich (60 % gegenüber 63 %) unterdurchschnittlich vertreten waren. Hervorzuheben aus den Ergebnissen der anderen Länder ist, daß die Stadtstaaten Hamburg und Berlin die niedrigsten Quoten von Volks-/Hauptschulabsolventen (53 % und 50 %) und die höchsten Quoten von Abiturienten und Personen mit Fachhochschulreife (22 % und 23 %) aufweisen. Auch die Anteile der Realschulabsolventen waren dort sehr hoch (25 % und 27 %).

Von der jeweiligen Gesamtheit der Bevölkerung mit berufsbildendem Schulabschluß hatte in allen Bundesländern bis auf Hamburg und Berlin die Mehrheit einen Abschluß an einer Berufsfach- oder Fachschule erlangt. In den beiden Großstädten überwog dagegen die Anzahl der Absolventen einer Fachhoch- oder Hochschule. Das Verhältnis von Absolventen einer Berufsfach- oder Fachschule zu Absolventen einer Fachhoch- oder Hochschule in Schleswig-Holstein (56 % zu 44 %) war fast identisch mit dem Verhältnis im gesamten Bundesgebiet (57 % zu 43 %).

Auch der Anteil der Personen mit einem Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule an den 15- bis 64jährigen entspricht mit 20 % in Schleswig-Holstein dem Bundesdurchschnitt. Hier liegen die Anteilswerte zwischen 23 % in Baden-Württemberg und 16 % im Saarland.

Bevölkerung am 25. Mai 1987 im Alter von 15 bis 64 Jahren nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluß ...

Land	Bevölkerung mit allgemeinbildendem Schulabschluß		Davon mit		
	Einwohner in 1 000	% ^a	Volks-/Hauptschule	Realschule oder gleichwertigem Abschluß	Hochschul-/Fachhochschulreife
			Anteile in %		
Schleswig-Holstein	1 706	95,8	59,6	26,0	14,4
Hamburg	1 077	96,7	53,1	25,4	21,5
Niedersachsen	4 770	95,9	62,4	23,9	13,7
Bremen	444	96,5	58,0	25,6	16,4
Nordrhein-Westfalen	11 325	95,8	64,3	20,0	15,8
Hessen	3 739	96,5	58,2	24,1	17,7
Rheinland-Pfalz	2 450	96,8	69,6	17,9	12,5
Baden-Württemberg	6 287	96,3	62,9	20,9	16,1
Bayern	7 357	96,8	66,7	19,6	13,7
Saarland	693	92,0	74,1	15,3	10,6
Berlin (West)	1 336	96,4	50,0	26,9	23,1
Bundesgebiet	41 184	96,2	63,2	21,4	15,5

... und nach beruflichem Schulabschluß in den Bundesländern

Land	Bevölkerung mit beruflichem Schul- bzw. Hochschulabschluß		Davon mit	
	Einwohner in 1 000	% ^a	Berufsfach-/Fachschule	Hochschule/Fachhochschule
			Anteile in %	
Schleswig-Holstein	354	19,9	56,1	43,9
Hamburg	245	22,0	49,0	51,0
Niedersachsen	1 022	20,6	61,4	38,6
Bremen	87	19,0	53,5	46,5
Nordrhein-Westfalen	2 127	18,0	53,4	46,6
Hessen	859	22,2	55,4	44,6
Rheinland-Pfalz	477	18,8	61,3	38,7
Baden-Württemberg	1 532	23,5	60,4	39,6
Bayern	1 526	20,1	56,8	43,2
Saarland	124	16,5	59,7	40,3
Berlin (West)	317	22,8	45,6	54,4
Bundesgebiet	8 671	20,2	56,6	43,4

a) Der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren

Olaf Petersen

Die Europawahl am 18. Juni 1989

Wahlrechtliche Grundlagen

Europäische Rahmenbestimmungen

Für die dritte Wahl zum Europäischen Parlament galten, weitgehend unverändert, die europäischen Rahmenbestimmungen der ersten Wahl. Der europäische Grundsatzakt zur Einführung unmittelbarer Europawahlen, der 1976 verabschiedet worden war, bildete also weiterhin die Rechtsgrundlage. Dieser Akt enthält nur ein Minimum an gemeinsamen materiellen Regelungen zur Durchführung der Wahl. Die Bemühungen des Europäischen Parlaments um ein einheitliches Wahlverfahren sind bisher gescheitert. So ist beispielsweise der wesentliche Teil einer Wahl, das Wahlsystem, nicht geregelt. Den Mitgliedstaaten steht es also frei zu bestimmen, ob sie die Mehrheitswahl oder die Verhältniswahl anwenden und welches Sitzverteilungsverfahren (d'Hondt, Niemeyer oder andere) zum Zuge kommt. Genau festgelegt ist letztlich nur die Gesamtzahl der Sitze (518) und ihre Verteilung auf die Mitgliedsländer (81 auf die Bundesrepublik Deutschland, wovon drei durch das Berliner Abgeordnetenhaus zu wählen sind) sowie die Länge der Wahlperiode (5 Jahre).

Deutsches Wahlrecht

Das deutsche Wahlrecht ist im Gesetz über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (EuWG) festgelegt. Dazu ist eine Europawahlordnung (EuWO) erlassen worden. Sowohl im EuWG als auch in der EuWO gibt es zahlreiche Verweise auf das Bundeswahlgesetz bzw. Übereinstimmungen mit der Bundeswahlordnung. Eine wesentliche Abweichung zwischen Bundestags- und Europawahlrecht gibt es letztlich nur beim Wahlsystem, da für die Berechnung der Sitze das Höchstzahlverfahren d'Hondt ebenfalls durch das Verfahren der mathematischen Proportion (System Hare-Niemeyer) ersetzt worden ist.

Das Wahlsystem weicht insoweit ab, als die Wahl nicht nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl erfolgt, sondern nach der einer reinen Verhältniswahl mit starren Listen. Es gibt keine Wahlkreise und folglich auch keine Wahlkreiskandidaten. Listenvor-

schläge können als gemeinsame Liste für alle Bundesländer (Bundesliste) oder als Liste für ein Bundesland (Landesliste) aufgestellt und eingereicht werden. Die Wahlvorschlagsberechtigten müssen sich für eine der beiden Listenformen entscheiden. Entschließen sie sich zur Einreichung von Landeslisten, so kann in jedem Bundesland nur eine Liste vorgelegt werden, dies muß aber nicht in jedem Land geschehen. Die Landeslisten desselben Wahlvorschlagsberechtigten gelten bei der Sitzverteilung wie bei Bundestagswahlen als verbunden und im Verhältnis zu den Bundeslisten als eine Liste, es sei denn, der Vorschlagsberechtigte erklärt, daß eine oder mehrere Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Zur dritten europäischen Direktwahl hatten nur die CDU verbundene Landeslisten und die CSU eine Landesliste eingereicht. Alle übrigen Parteien und Vereinigungen stellten Bundeslisten auf.

Der Wähler kann sich wie bei der Abgabe der Zweitstimme bei Bundestagswahlen nur für eine Liste einer Partei oder politischen Vereinigung insgesamt entscheiden; er kann sie nicht verändern. Er hat also nicht die Möglichkeit, den Kandidaten seiner Wahl direkt zu wählen, sondern ist an die Reihenfolge der Liste gebunden.

Zur Feststellung der Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht sind auch bei dieser Wahl statistische Auszählungen angeordnet worden. Die Auszählungen wurden nicht in allen, sondern in nach einem Stichprobenverfahren ausgewählten Wahlbezirken durchgeführt. In Schleswig-Holstein umfaßt die Stichprobe 97 der 2 688 allgemeinen Wahlbezirke, und damit 84 000 oder 4,1 % der 2,06 Mill. Wahlberechtigten. Die Wahlbezirke müssen so ausgewählt werden, daß die Stimmabgabe der einzelnen Wähler nicht erkennbar wird. Die Wahlbeteiligung wird anhand der Vermerke in den Wählerverzeichnissen und die Stimmabgabe durch die Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsbezeichnungen (z. B. A. Mann, geboren 1965 bis 1971) festgestellt. Während die Auszählung der Wahlbeteiligung von den Gemeinden und Ämtern durchgeführt wird, erfolgt die der Stimmabgabe im Statistischen Landesamt. Es dürfen keine Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke veröffentlicht werden.

Ergebnisse für Schleswig-Holstein

Wahlberechtigte

Zur Europawahl am 18. Juni 1989 waren in Schleswig-Holstein reichlich zwei Millionen Bürger wahlberechtigt. Die Frauen waren, wie bisher, mit 1,1 Mill. Wahlberechtigten stärker vertreten als die Männer. Die Männer stellten knapp 1 Mill. und damit 47 % aller Wahlberechtigten. Rund 180 000 oder 9 % der Wahlberechtigten konnten erstmals an einer Europawahl teilnehmen. Sie waren 1984 noch nicht 18 Jahre alt gewesen. Unter den erstmals Wahlberechtigten dominierten die Männer mit einem Anteil von 52 %. Dies führte aber nur zu einem geringen Abbau der Überzahl der Frauen, da es in den älteren Jahrgängen deutlich mehr Frauen als Männer gibt (rund zwei Drittel der über 70 Jahre alten Wahlberechtigten sind Frauen) und weil diese Altersgruppen stärker besetzt sind als die jüngeren.

Gegenüber der zweiten Europawahl im Jahre 1984 hat sich die Zahl der Wahlberechtigten um knapp 64 000 oder 3,2 % erhöht. In den kreisfreien Städten stieg sie um gut 10 000 oder 2,1 % und in den Kreisen um nicht ganz 54 000 oder 3,6 %. Am kräftigsten war der Zuwachs in den Kreisen Segeberg (+ 7,2 %) und Stormarn (+ 6,0 %).

Fast 160 000 oder 7,7 % der Wahlberechtigten ließen sich einen Wahlschein ausstellen, der ihnen die Möglichkeit gab, entweder durch Briefwahl abzustimmen oder in einem beliebigen Wahlbezirk des Kreises oder der kreisfreien Stadt, in der der Wahlschein ausgestellt worden war, ihre Stimme abzugeben. Ihre Zahl hat sich gegenüber der letzten Europawahl um beinahe 50 000 oder reichlich vier Zehntel erhöht.

Wähler

Die Beteiligung an der dritten Europawahl war erwartungsgemäß abermals nicht sehr hoch. Zwar stieg die Wahlbeteiligung gegenüber 1984 um 0,9 Prozentpunkte auf 58,4 %, sie ist aber die zweitniedrigste aller Wahlen im Bundesland Schleswig-Holstein. Bei der ersten Europawahl im Jahre 1979 waren immerhin 65,6 % der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen. Über 850 000 Wahlberechtigte blieben diesmal der Wahl fern. Bei der Landtagswahl 1988 sind es 460 000 und bei der Bundestagswahl 1987 nur 320 000 gewesen.

In den Kreisen zeigt sich das auch aus anderen Wahlen bekannte Bild: Die Einwohner in den Kreisen gehen häufiger zur Wahl (59,8 %) als die in den kreisfreien Städten (53,9 %), und es stehen immer wieder dieselben Kreise in der Spitzengruppe (Plön mit 63,6 %, Stormarn mit 62,7 % und Hzgt. Lauenburg mit 62,0 %) und am Ende der Wahlbeteiligungsskala (Flensburg mit 50,3 %).

Während die Wahlbeteiligung insgesamt um 0,9 Prozentpunkte anstieg, ging sie in Flensburg (- 2,5), Lübeck (- 1,7), Neumünster (- 0,1) und Steinburg (- 0,1) zurück. Am größten war der Zuwachs in Nordfriesland (+ 2,2) und Plön (+ 2,1).

Eine Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht zeigt, daß sie unter den Männern (55,6 %) und Frauen (55,3 %) gleich niedrig gewesen ist und sich gegenüber 1984 nur unwesentlich verändert hat. Auch in den einzelnen Altersgruppen haben sich keine größeren Veränderungen ergeben. Die Wahlbeteiligung steigt wie bei allen vorangegangenen Wahlen mit zunehmendem Alter. Nur die ältesten und jüngsten Wahlberechtigten wichen wie bisher von diesem Trend ab. Unter den 18- bis 20jährigen (50,0 %) war das Wahlinteresse größer als unter den 21- bis 29jährigen (42,7 %), und bei den 70 Jahre und älteren (64,4 %) ging es gegenüber der vorhergehenden Altersgruppe (69,1 %) zurück. Es war aber hier immer noch um 14,4 Prozentpunkte höher als bei den jüngsten Wahlberechtigten. Am relativ wahlfreudigsten verhielten sich die 60- bis 69jährigen mit 69,1 %. Unterscheidet man die Wahlbeteiligung zusätzlich nach dem Geschlecht, so stehen die 70 Jahre und älteren Männer mit 70,7 % an der Spitze, und die 21- bis 24jährigen Frauen bilden mit 40,1 % das Schlußlicht.

Ungültige Stimmen

Fast 10 000 oder 0,8 % der abgegebenen Stimmen mußten für ungültig erklärt werden. Das ist ein niedriger Anteil. Bei der letzten Europawahl sind es über 12 000 oder 1,1 % gewesen. Sowohl unter den beiden Geschlechtern als auch in den einzelnen Altersgruppen ist der Anteil ziemlich gleich. Nur bei den 35- bis 44jährigen ist er mit 0,5 % deutlich darunter. Gut zwei Drittel aller ungültigen Stimmen war deshalb ungültig, weil der Stimmzettel leer oder durchgestrichen war. Bei diesen Wählern kann man unterstellen, daß sie sich der Stimme enthalten wollten und bewußt ungültig gewählt haben.

Zugelassene Parteien

In Schleswig-Holstein beteiligten sich folgende 21 Parteien an der Wahl:

1. CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
2. SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
3. GRÜNE	DIE GRÜNEN
4. F.D.P.	Freie Demokratische Partei
5. ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
6. Mündige Bürger	Die Mündigen Bürger
7. ZENTRUM	Deutsche Zentrumspartei
8. BP	Bayernpartei
9. BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale
10. LIGA	CHRISTLICHE LIGA
11. CM	CHRISTLICHE MITTE
12. DKP	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE Partei
13. ÖKO-UNION	DEUTSCHE SOLIDARITÄT Union für Umwelt- und Lebensschutz
14. DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION — Liste D
15. REP	DIE REPUBLIKANER
16. FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
17. —	Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie
18. HP	Humanistische Partei
19. MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
20. Bewußtsein	Neues Bewußtsein die ganzheitlich-esoterische Partei Deutschlands
21. Patrioten	Patrioten für Deutschland

Das waren mehr Parteien als jemals zuvor bei einer Wahl in Schleswig-Holstein. Zur ersten Europawahl 1979 hatten acht Parteien kandidiert, und bei der zweiten Europawahl 1984 sind es zwölf Parteien gewesen. Bis zum Ablauf der Frist hatten sogar 27 Parteien eine Bundesliste beim Bundeswahlleiter und drei Parteien eine Landesliste bei dem jeweiligen Landeswahlleiter eingereicht. Von den Bundeslisten wurden zwanzig (die Nrn. 2 — 21 der vorstehenden Aufstellung) durch den Bundeswahlausschuß zugelassen und von den Landeslisten die der CDU und der CSU durch den jeweiligen Landeswahlausschuß. Die anderen Wahlvorschläge erfüllten nicht die Zulassungsvoraussetzungen wie z. B. die erforderliche Anzahl von Unterstützungsunterschriften. Für Landeslisten von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge im Wahlgebiet ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, mußten 1‰ der Wahlberechtigten des betreffenden Landes bei der Europawahl 1984, jedoch höchstens 2 000, ihre Unterstützung durch ihre Unterschrift dokumentieren. Für Bundeslisten waren 4 000 Unterschriften erforderlich.

Die Reihenfolge der oben aufgeführten Parteien ergibt sich für die sieben ersten Parteien aus ihrem Stimmen-

anteil bei der Europawahl 1984 und für die anderen aus der alphabetischen Folge ihrer vollständigen Bezeichnung. Gegenüber der letzten Europawahl sind 14 Parteien hinzugekommen, und fünf kandidierten nicht mehr.

Verteilung der gültigen Stimmen

Die CDU konnte ihre bisherige Spitzenposition bei Europawahlen in Schleswig-Holstein nicht verteidigen. Sie verschlechterte sich gegenüber 1984 um fast 70 000 Stimmen oder 8 Prozentpunkte. Sie kam auf 434 000 Stimmen oder 36,4 % und fiel auf den zweiten Platz zurück. Demgegenüber konnte sich die SPD um 75 000 Stimmen oder 4,5 Punkte verbessern. Sie kam auf 528 000 oder 44,4 % der gültigen Stimmen und erzielte damit ihren bisher höchsten Anteil bei Europawahlen in Schleswig-Holstein. Bei der Wahl 1979 hatte sie allerdings 542 000 Stimmen erhalten, was jedoch wegen

Landesergebnis der Europawahlen

	1989		Dagegen 1984	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 057 364	x	1 993 627	x
Wähler	1 201 267	58,4	1 146 402	57,5
Ungültige Stimmen	9 971	0,8	12 284	1,1
Gültige Stimmen	1 191 296	99,2	1 134 118	98,9
davon entfallen auf				
CDU	433 869	36,4	503 128	44,4
SPD	528 388	44,4	453 021	39,9
GRÜNE	80 129	6,7	93 257	8,2
F.D.P.	63 584	5,3	50 825	4,5
ÖDP	3 810	0,3	2 721	0,2
Mündige Bürger	1 055	0,1	1 901	0,2
ZENTRUM	609	0,1	1 433	0,1
BP	1 022	0,1	-	-
BSA	310	0,0	-	-
LIGA	638	0,1	-	-
CM	1 048	0,1	-	-
DKP	1 939	0,2	-	-
ÖKO-UNION	1 486	0,1	-	-
DVU	15 615	1,3	-	-
REP	54 943	4,6	-	-
FAP	567	0,0	-	-
Arbeitnehmer ¹	368	0,0	-	-
HP	393	0,0	-	-
MLPD	309	0,0	-	-
Bewußtsein	847	0,1	-	-
Patrioten	367	0,0	-	-
FRIEDEN	-	-	12 537	1,1
EAP	-	-	1 416	0,1
EFP	-	-	1 796	0,2
FRAUEN	-	-	4 991	0,4
NPD	-	-	7 092	0,6

1) Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie

der höheren Wahlbeteiligung nur zu einem Anteil von 43,7 % führte. Die GRÜNEN konnten zwar ihren dritten Platz mit 80 000 Stimmen oder 6,7 % verteidigen, sie verloren aber 13 000 Stimmen oder 1,5 Punkte. Der F.D.P. gaben 64 000 oder 5,3 % der Wähler ihre Stimme. Das sind 13 000 Stimmen oder 0,8 Punkte mehr als 1984. Durch dieses Plus übersprang sie wieder die 5%-Linie. Es brachte ihr aber keine Platzverbesserung ein. An die fünfte Stelle rückten die erstmals kandidierenden REPUBLIKANER. Sie verfehlten mit 55 000 oder 4,6 % der Stimmen, anders als im Bundesgebiet, die 5%-Linie. Von den anderen Parteien ragte nur die DVU mit fast 16 000 Stimmen oder 1,3 % etwas heraus. Die übrigen 15 Parteien kamen auf insgesamt 15 000 Stimmen oder 1,2 %.

Im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik ist auch die Stimmabgabe der beiden Geschlechter in jeweils fünf Altersgruppen untersucht worden. Um das Wahlergebnis nicht zu gefährden, wurden die Briefwähler

nicht in die Auswertung einbezogen. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich daher nur auf die Urnenwähler. Die CDU wird nach wie vor häufiger von Frauen (36,9 %) als von Männern (34,4 %) gewählt. Dies trifft jedoch nicht in allen Altersgruppen zu. Bei den 18- bis 34jährigen waren die Stimmenanteile der Männer höher. Die CDU verfügt in keiner Altersgruppe über die absolute Mehrheit, während ihr das 1984 bei den 60 Jahre und älteren gelungen war. Die CDU-Anteile sind in den ältesten Jahrgängen höher als in den jüngeren. Am besten schnitt sie unter den 60 Jahre und älteren mit 44,8 % ab. Demgegenüber blieb sie bei den 18- bis 44jährigen unter einem Anteil von 30 %. Von den 25- bis 34jährigen erhielt sie nur 23,1 % der gültigen Stimmen. Hier macht der Rückstand zur SPD 27,4 Prozentpunkte aus. Nur bei den 60 Jahre und älteren liegt sie mit 3,6 Punkten knapp vorn. Gegenüber 1984 mußte die CDU in allen Altersgruppen Verluste hinnehmen. Am größten waren sie unter den 35- bis 44jährigen mit 12,2 Punkten.

Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen nach Geschlecht und Altersgruppe

Ergebnisse der wahlstatistischen Auszählungen der Europawahlen

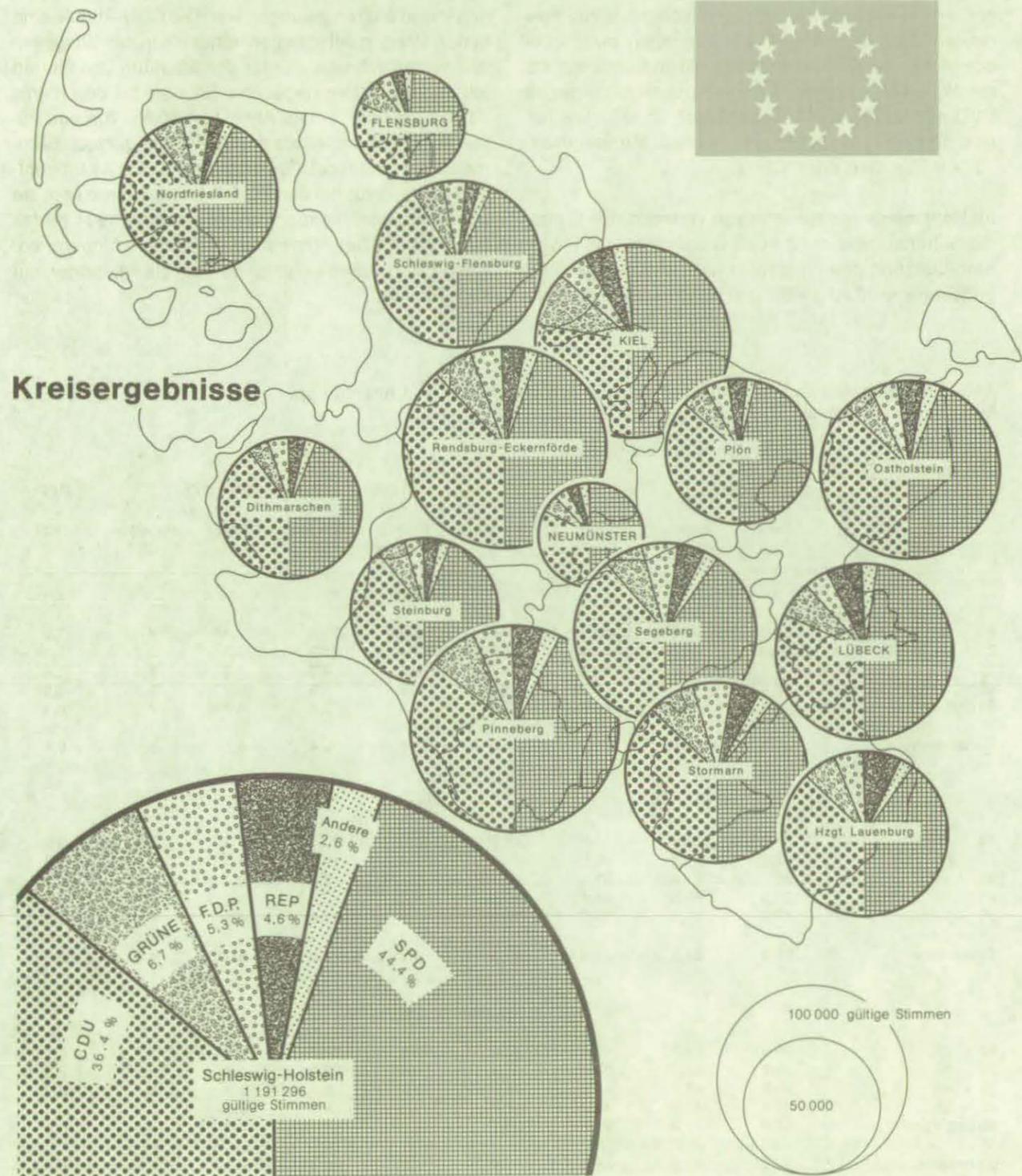
Altersgruppe in Jahren	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf									
	CDU		SPD		GRÜNE		F.D.P.		REP	
	1989	dagegen 1984	1989	dagegen 1984	1989	dagegen 1984	1989	dagegen 1984	1989	
	Männer									
18 - 24	28,6	30,0	40,4	40,3	12,5	20,9	5,4	4,4	7,6	
25 - 34	24,0	28,8	48,5	42,9	14,8	21,2	4,3	3,9	5,7	
35 - 44	28,1	40,4	50,2	41,7	9,4	9,9	4,8	5,8	5,4	
45 - 59	38,8	45,7	44,0	41,6	2,9	4,5	6,2	5,9	5,8	
60 und älter	41,9	51,8	40,0	38,9	1,2	2,6	4,9	4,2	8,4	
Zusammen	34,4	42,0	44,2	40,9	6,5	9,4	5,2	5,0	6,6	
	Frauen									
18 - 24	24,7	28,6	51,3	43,9	13,7	20,5	4,3	3,4	2,9	
25 - 34	22,2	26,6	52,6	45,3	17,0	18,9	4,4	3,9	1,9	
35 - 44	29,7	41,8	51,3	40,7	8,6	8,9	6,6	5,0	1,9	
45 - 59	39,3	46,0	45,2	40,5	3,7	5,2	6,4	5,3	3,0	
60 und älter	46,8	51,9	42,0	40,2	1,0	1,8	4,6	3,9	3,3	
Zusammen	36,9	43,6	46,5	41,3	6,2	7,6	5,3	4,4	2,8	
	Männer und Frauen									
18 - 24	26,8	29,3	45,4	42,0	13,0	20,7	4,9	3,9	5,4	
25 - 34	23,1	27,7	50,5	44,1	15,9	20,1	4,4	3,9	3,9	
35 - 44	28,9	41,1	50,8	41,2	9,0	9,4	5,7	5,4	3,7	
45 - 59	39,0	45,8	44,6	41,1	3,3	4,8	6,3	5,6	4,4	
60 und älter	44,8	51,9	41,2	39,7	1,1	2,1	4,7	4,0	5,4	
Insgesamt	35,7	42,8	45,4	41,2	6,3	8,4	5,3	4,7	4,6	

Europawahl am 18. Juni 1989

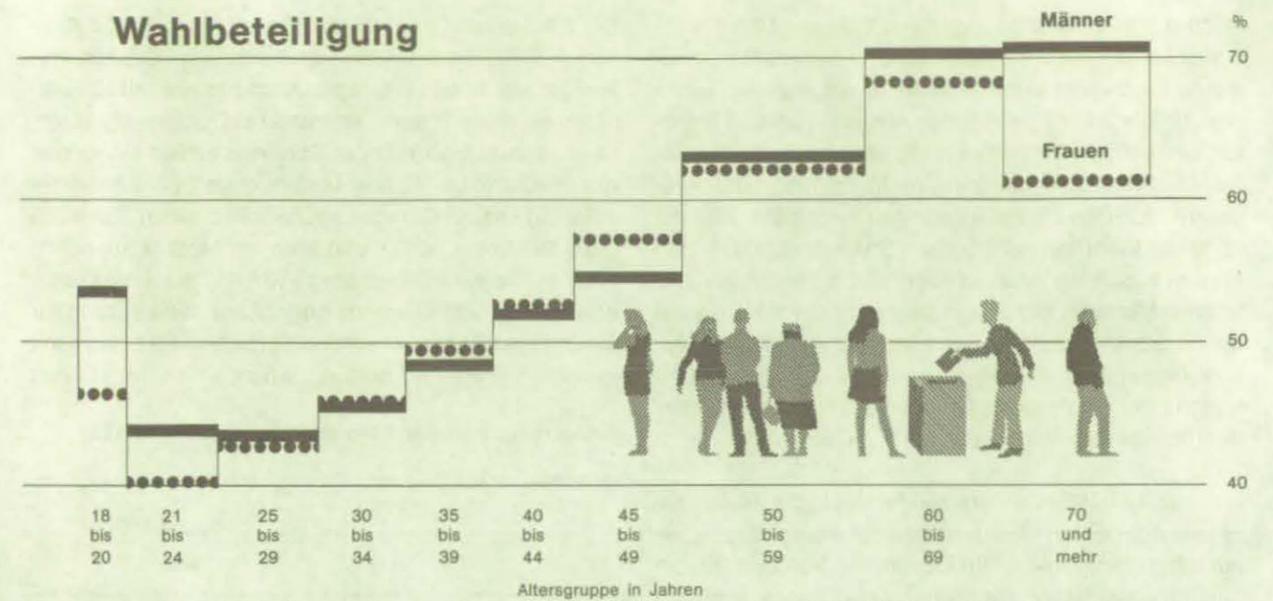
in Schleswig-Holstein

D 5780 SmL LA S-H

GRAFIK DES MONATS SEPTEMBER 1989

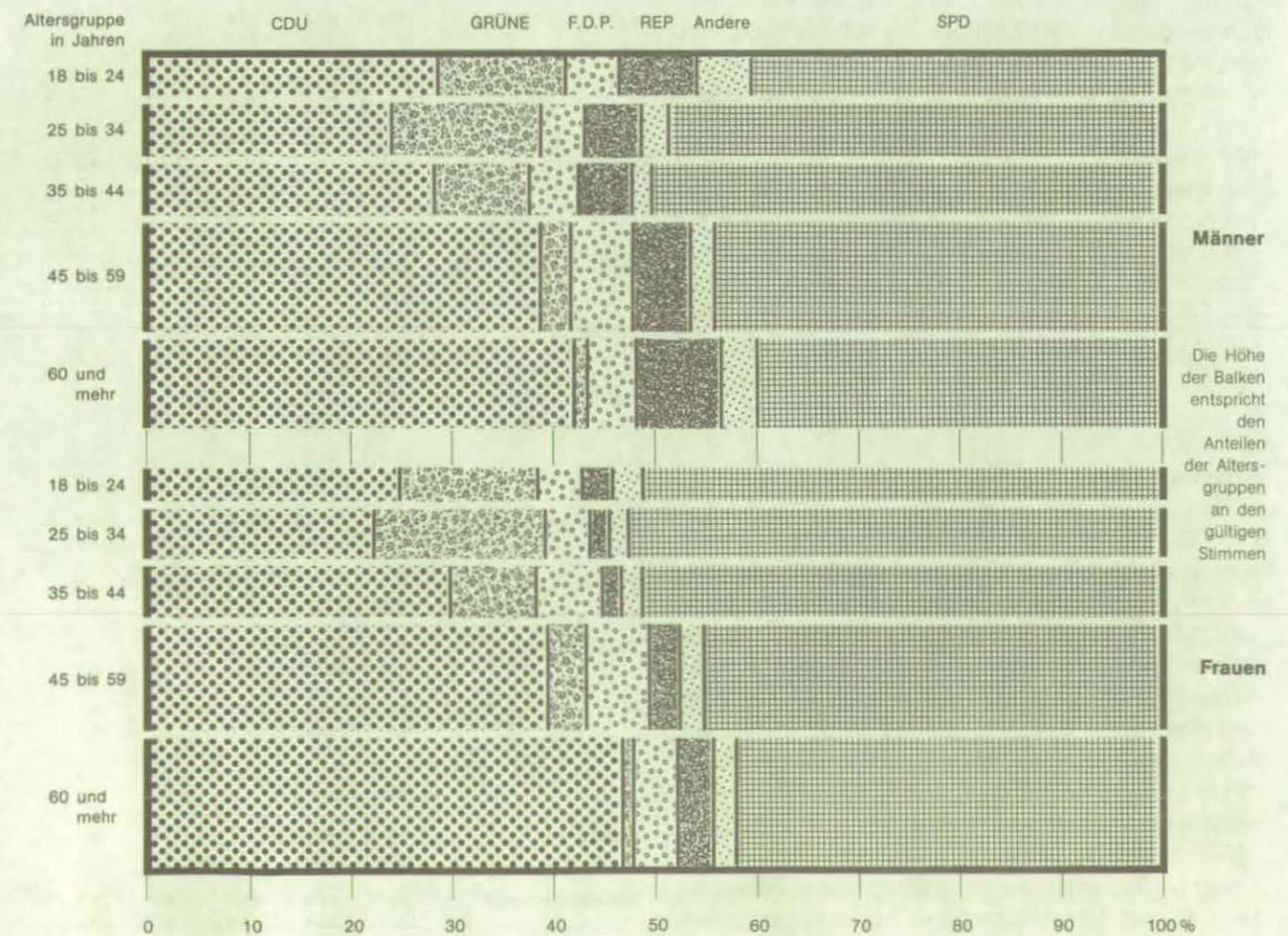


Wahlbeteiligung



Die Breite der Stufen entspricht dem Anteil der jeweiligen Altersgruppe an allen Wahlberechtigten

Stimmenanteile



Auch die SPD wird häufiger von Frauen (46,5 %) als von Männern (44,2 %) gewählt. Und das nicht nur insgesamt, sondern auch in allen Altersgruppen. Unter den 18- bis 24jährigen ist der Abstand mit 10,9 Punkten am größten. Die SPD-Anteile steigen bis zu den 35- bis 44jährigen an, um dann recht deutlich zurückzugehen. Von den 25- bis 44jährigen erhielt die SPD die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen und bei den Frauen zusätzlich noch von den 18- bis 24jährigen. Die relative Mehrheit der Stimmen errang die SPD, bis auf die 60 Jahre und älteren, in allen anderen Altersgruppen. Gegenüber 1984 konnte sich die SPD in allen Altersgruppen verbessern. Die größte Zunahme trat unter den 35- bis 44jährigen mit 9,6 Punkten auf.

Bei den GRÜNEN unterscheiden sich die Stimmenanteile der beiden Geschlechter nur wenig, deutlicher jedoch diejenigen der Altersgruppen. Von den 25- bis 34jährigen erhielten sie 15,9 % der gültigen Stimmen und von den 60 Jahre und älteren nur 1,1 %. Die GRÜNEN verschlechterten sich in allen Altersgruppen gegenüber 1984.

Die F.D.P. konnte sich zwar in allen Altersgruppen gegenüber 1984 verbessern, übersprang aber wie damals nur bei den 35- bis 59jährigen die 5%-Linie. Sie wird von Männern und Frauen gleich häufig gewählt. In den Altersgruppen gibt es aber teilweise Unterschiede.

Für die erstmals kandidierenden REPUBLIKANER stimmten die Männer (6,6 %) deutlich häufiger als die Frauen (2,8 %). Während sie bei den Männern die 5%-Linie in allen Altersgruppen mehr oder weniger klar überschritten, ist dies in keiner Altersgruppe der Frauen der Fall. Am besten schnitten sie unter den jüngsten (7,6 %) und ältesten (8,4 %) Männern ab.

Kreisergebnisse

Die CDU fiel nicht nur im Landesergebnis, sondern auch in allen Kreisen auf den zweiten Platz zurück. Vor fünf Jahren hatte sie noch in allen Kreisen an der Spitze gelegen. Am besten schnitt sie an der Westküste und im nördlichen Landesteil, nämlich in den Kreisen Schleswig-Flensburg (40,7 %), Dithmarschen (40,3 %) und Nordfriesland (40,1 %) ab und am schlechtesten, neben den vier kreisfreien Städten, in Pinneberg (35,8 %) und Plön (36,4 %). Die CDU mußte in allen kreisfreien Städten und Kreisen Verluste gegenüber 1984 hinnehmen. In Kiel (- 9,4 Punkte) und Dithmarschen (- 9,2) waren sie am größten und in Flensburg (- 6,4) und Nordfriesland (- 6,5) am geringsten.

Die SPD errang in allen kreisfreien Städten und Kreisen die Mehrheit. In den vier kreisfreien Städten verteidigte sie ihren Spitzenplatz, und in den elf Kreisen nahm sie diese Position erstmals bei Europawahlen ein. Die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt sie jedoch nur in Kiel (51,4 %) und verfehlte sie in Neumünster (49,9 %) knapp. Demgegenüber blieb sie in Stormarn (39,6 %) unter 40 % und kam im Hzgt. Lauenburg (40,3 %) sowie in Segeberg (40,5 %) nur knapp darüber. Der größte Zuwachs gegenüber 1984 sprang für die SPD in Dithmarschen und Schleswig-Flensburg mit jeweils 6 Punkten heraus, während er in Lübeck

Kreisergebnisse der Europawahlen 1984 und 1989

KREISFREIE STADT Kreis	Wahl- jahr	Stimmenanteile von			
		CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.
		in %			
FLENSBURG	1984	37,6	46,2	8,3	4,5
	1989	31,2	49,7	8,2	4,8
KIEL	1984	37,1	46,7	9,1	3,7
	1989	27,7	51,4	9,2	4,7
LÜBECK	1984	39,7	46,1	7,9	3,5
	1989	31,8	47,3	6,6	4,5
NEUMÜNSTER	1984	40,8	45,6	6,9	3,2
	1989	32,9	49,9	5,4	4,2
KREISFREIE STÄDTE	1984	38,6	46,3	8,3	3,6
	1989	30,2	49,6	7,7	4,6
Dithmarschen	1984	49,5	37,9	5,8	4,2
	1989	40,3	43,9	4,7	4,6
Hzgt. Lauenburg	1984	46,5	37,7	8,4	4,7
	1989	37,6	40,3	6,3	5,9
Nordfriesland	1984	46,6	37,8	7,9	4,9
	1989	40,1	42,8	6,3	5,7
Ostholstein	1984	46,3	40,4	6,6	4,1
	1989	37,6	44,2	5,3	4,9
Pinneberg	1984	43,9	37,9	9,8	5,1
	1989	35,8	42,6	7,6	6,4
Plön	1984	44,3	40,6	7,8	4,2
	1989	36,4	46,2	6,1	5,0
Rendsburg-Eckernförde	1984	46,0	39,5	7,4	4,3
	1989	38,4	44,7	6,0	4,9
Schleswig-Flensburg	1984	47,8	37,7	7,3	4,3
	1989	40,7	43,7	6,0	4,4
Segeberg	1984	46,4	35,2	9,5	5,6
	1989	38,7	40,5	6,9	6,4
Steinburg	1984	46,0	39,9	7,3	4,1
	1989	39,1	44,6	5,7	4,5
Stormarn	1984	45,1	35,3	10,7	5,8
	1989	37,3	39,6	8,3	7,1
Kreise	1984	46,1	38,0	8,2	4,7
	1989	38,2	42,9	6,5	5,6
Schleswig-Holstein	1984	44,4	39,9	8,2	4,5
	1989	36,4	44,4	6,7	5,3

(+ 1,2) und im Hzgt. Lauenburg (+ 2,6) nur geringfügig war. Letztlich konnte sich aber die SPD in allen kreisfreien Städten und Kreisen anteilmäßig verbessern, nur in Lübeck erhielt sie weniger Stimmen als 1984.

Die GRÜNEN mußten bis auf Kiel in allen kreisfreien Städten und Kreisen Verluste hinnehmen. Ihre Anteile streuen zwischen 9,2 % in Kiel und 4,7 % in Dithmarschen. In allen Kreisen bis auf Lübeck und das Hzgt. Lauenburg, wo sie durch die erstmals kandidierenden REPUBLIKANER von diesem Platz verdrängt wurden, blieben sie die drittstärkste Partei.

Die F.D.P. verbesserte sich in allen kreisfreien Städten und Kreisen. Sie übersprang aber nur in fünf Kreisen die 5%-Linie. Am besten schnitt sie wie 1984 in Stormarn mit 7,1 % ab. Hier war auch, neben Pinneberg, der Zuwachs mit 1,3 Punkten am größten.

Die REPUBLIKANER übertrafen auf Anhieb in der kreisfreien Stadt Lübeck (6,8 %) und in den Kreisen Hzgt. Lauenburg (7,1 %) sowie Ostholstein (5,1 %) die 5%-Linie, in Kiel verfehlten sie sie mit 4,99 % nur knapp. Die geringsten Anteile sprangen für sie in Nordfriesland und Schleswig-Flensburg mit jeweils 2,9 % heraus.

Von den übrigen Parteien ragt nur die DVU etwas heraus (2,1 % in Neumünster), während alle anderen deutlich unter einem Anteil von einem Prozent blieben.

Briefwähler

Fast 160 000 oder 7,7 % Wahlberechtigte hatten sich einen Wahlschein ausstellen lassen. Von diesen wählten gut 7 000 oder 4,5 % in einem Wahllokal, und 145 000 oder 91,3 % wollten mittels Briefwahl ihre Stimme abgeben. Ein Teil dieser Wahlberechtigten (4 500) hatte jedoch den Wahlbrief zu spät abgeschickt oder die vorgeschriebenen Voraussetzungen nicht erfüllt. Zum Beispiel muß ein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden sein, und dieser muß verschlossen sein. Die Einsender solcher Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt. Briefwähler waren daher nur gut 140 000 oder 6,8 % der Wahlberechtigten. Die Briefwähler stellten 11,7 % der Wähler insgesamt und damit mehr als bisher bei Europawahlen (1984: 8,4 %, 1979: 10,4 %). Auch im Vergleich mit anderen Wahlen ist der Briefwahlanteil sehr hoch. Nur bei den Bundestagswahlen 1980 (11,7 %) und 1976 (11,4 %) sind ähnliche Anteile erreicht worden.

In den kreisfreien Städten und Kreisen gab es deutliche Unterschiede bei den Briefwähleranteilen. Am häufigsten machten die Wähler in Flensburg und Pinneberg mit jeweils 14,2 % davon Gebrauch, gefolgt von Kiel (13,8 %) und Lübeck (13,0 %). In Dithmarschen (9,7 %) und Plön (9,9 %) waren die Anteile am geringsten.

Die Briefwahlergebnisse zeigen, wie bei den bisherigen Wahlen, daß die Wählerstruktur eine andere ist als die der Urnenwähler. Dies wirkt sich aber wegen des letztlich doch geringen Anteils nicht gravierend auf das Gesamtergebnis aus.

	Urnenwähler	Briefwähler	Insgesamt
	Stimmenanteile in %		
CDU	36,0	39,2	36,4
SPD	45,3	37,4	44,4
GRÜNE	6,5	8,4	6,7
F.D.P.	5,1	6,9	5,3
REP	4,5	5,3	4,6

Die CDU erhielt von den Briefwählern 39,2 % der Stimmen und damit 3,2 Punkte mehr als von den Urnenwählern. Ihr Gesamtergebnis stieg durch die Briefwähler aber nur um 0,4 Punkte. Bei der SPD ist es umgekehrt. Ihr Briefwähleranteil ist um 7,9 Punkte niedriger als ihr Urnenwähleranteil. Ihr Gesamtanteil verringerte sich aber lediglich um 0,9 Punkte. Bei GRÜNEN (+ 0,2 Punkte), F.D.P. (+ 0,2) und REP (+ 0,1) wirkte sich der höhere Briefwähleranteil nur geringfügig aus.

Ergebnisse für das Bundesgebiet

Wähler und Stimmenanteile

Von den 45,8 Millionen Wahlberechtigten gingen 28,5 Millionen oder 62,3 % zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist gegenüber 1984 um 5,5 Prozentpunkte gestiegen und damit deutlicher als in Schleswig-Holstein (+ 0,9 Punkte). Schleswig-Holstein liegt jetzt um 3,9 Punkte unter dem Bundesdurchschnitt, während es 1984 um 0,7 Punkte darüber gelegen hatte. Die Spitzenposition nahmen wie vor fünf Jahren Rheinland-Pfalz (77,2 %) und Saarland (78,9 %) ein. In beiden Ländern fanden am gleichen Tage Kommunalwahlen statt. Niedriger als in Schleswig-Holstein war die Wahlbeteiligung nur noch in Hamburg mit 56,5 %. In Baden-Württemberg machte der Anteil ebenfalls 58,4 % aus.

Faßt man die Stimmenanteile von CDU (29,5 %) und CSU (8,2 %) zusammen, so gingen sie abermals, wenn auch knapp, als stärkste Gruppierung aus einer Europawahl hervor. Sie vereinigten auf sich zusammen 37,8 % der gültigen Stimmen. Sie verschlechterten sich allerdings gegenüber 1984 um 8,1 Punkte. Die SPD konnte ihren Stimmenanteil mit 37,3 % (- 0,1 Punkte) fast halten. Die GRÜNEN erhöhten ihren Anteil leicht um 0,2 Punkte auf 8,4 %. Die F.D.P. legte um 0,8 Punkte zu und übersprang mit 5,6 % wieder die 5%-Grenze. Die erstmals bei einer Europawahl kandidierenden REPUBLIKANER erzielten 7,1 % der gültigen Stimmen. Die anderen Parteien blieben bis auf die DVU (1,6 %) deutlich unter einem Prozent.

Bundesergebnis der Europawahl 1989

Land	Wahlbeteiligung in %	Stimmenanteile von				
		CDU/ CSU	SPD	GRÜNEN	F.D.P.	REP
		%				
Schleswig-Holstein	58,4	36,4	44,4	6,7	5,3	4,6
Hamburg	56,5	31,5	41,9	11,5	6,2	6,0
Niedersachsen	63,2	35,9	42,0	8,4	5,8	4,8
Bremen	58,7	23,3	46,4	13,8	7,0	4,5
Nordrhein-Westfalen	62,3	35,7	43,6	7,9	5,7	4,1
Hessen	60,2	33,3	40,5	9,9	5,5	6,5
Rheinland-Pfalz	77,2	38,7	40,2	7,3	5,7	4,6
Baden-Württemberg	58,4	39,3	29,1	10,0	7,2	8,7
Bayern	61,1	45,4	24,2	7,8	4,0	14,6
Saarland	78,9	34,5	45,3	6,2	4,8	5,8
Bundesgebiet*	62,3	37,8	37,3	8,4	5,6	7,1

*) ohne Berlin

Die schleswig-holsteinische CDU übertraf das Bundesergebnis der CDU wie 1984 um 6,9 Punkte. Sie blieb aber um 1,4 Punkte unter dem gemeinsamen Ergebnis von CDU und CSU. Die größte Resonanz fand die Union abermals in Süddeutschland, obwohl sie dort die größten Verluste hinnehmen mußte. In Bayern errang die Landesliste der CSU 45,4 % (1984: 57,2 %, 1979: 62,5 %) und in Baden-Württemberg die CDU-Landesliste 39,3 % (1984: 50,9 %, 1979: 52,3 %). In den Flächenländern schnitt die CDU am schlechtesten in Hessen mit 33,3 % (1984: 41,4 %) ab.

Das schleswig-holsteinische SPD-Ergebnis war mit 44,4 % um 7,1 Punkte besser als im Bundesgebiet. Nur in Bremen (46,4 %) und im Saarland (45,3 %) schnitt die SPD besser ab. In Bayern (24,2 %) und in Baden-Württemberg (29,1 %) blieb die SPD unter 30 %.

Während die schleswig-holsteinischen GRÜNEN 1984 noch im Bundestrend lagen, blieben sie dieses Mal um 1,7 Punkte darunter. Die GRÜNEN erhielten ihre be-

sten Ergebnisse in den beiden Stadtstaaten Bremen (13,8 %) und Hamburg (11,5 %). Hinter ihrem Anteil in Schleswig-Holstein liegt nur noch das Saarland mit 6,2 %.

Die schleswig-holsteinische F.D.P. verfehlte abermals den Bundesdurchschnitt, und zwar wie 1984 um 0,3 Punkte. Bis auf Bayern konnte sich die F.D.P. in allen Bundesländern verbessern. Dort schnitt sie auch mit 4,0 % am schlechtesten ab.

Die schleswig-holsteinischen REPUBLIKANER blieben mit 4,6 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (7,1 %). Nur in Nordrhein-Westfalen (4,1 %) und Bremen (4,5 %) war der Anteil noch geringer. Den größten Zuspruch erhielten sie in Bayern mit 14,6 %.

Sitzverteilung

Von den 78 direkt gewählten deutschen Bewerbern entfielen 30 auf die SPD (1984: 32), 24 auf die CDU (32), jeweils sieben wie 1984 auf die CSU und die GRÜNEN, vier auf die F.D.P. und sechs auf die REPUBLIKANER. Hinzu kamen drei Abgeordnete, die vom Berliner Abgeordnetenhaus mittelbar zu wählen waren (jeweils einer von CDU, SPD und AL). Insgesamt ist also die Bundesrepublik durch 32 CDU/CSU-, 31 SPD-, 8 GRÜNE-, 4 F.D.P.- und 6 REP-Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten. Gegenüber 1984 verloren die CDU/CSU neun und die SPD zwei Sitze, die GRÜNEN gewannen einen Sitz hinzu, die F.D.P. ist wieder und die REPUBLIKANER sind erstmals vertreten.

Von den 24 Sitzen der CDU entfiel wie 1984 einer auf Schleswig-Holstein. Anders als 1984 war aber die schleswig-holsteinische CDU weit von einem weiteren Sitz entfernt. Vor fünf Jahren fehlten ihr rund 25 000 und jetzt über 100 000 Stimmen. Da alle anderen Parteien eine Bundesliste aufgestellt hatten, lassen sich deren Abgeordnete nur vom Wohnsitz her zuordnen. Danach entfiel jeweils ein Abgeordneter der SPD und der REPUBLIKANER auf Schleswig-Holstein. Von den GRÜNEN stammte kein Bewerber aus Schleswig-Holstein, und von der F.D.P. kam keiner zum Zuge, da der erste erst an 10. Stelle der Bundesliste stand.

Walter Dahms

Hofnachfolge in den landwirtschaftlichen Betrieben

In den vier Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges vollzog sich im Gegensatz zur ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, in der sich Zahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe nur wenig verändert hatten, ein tiefgreifender Strukturwandel in der Landwirtschaft. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins hat sich in diesem Zeitraum annähernd halbiert und die Betriebsfläche der verbliebenen Betriebe auf dem Wege der Zupacht und des Zukaufs erheblich vergrößert. Während 1949 noch gut drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN)¹ des Landes von Betrieben mit einer Größe unter 50 ha LN bewirtschaftet wurden, so entfielen 1987 weniger als 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)¹ auf diesen Betriebsgrößenbereich. In noch stärkerem Maße nahm die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen ab, und zwar verringerte sich in dem genannten Zeitraum die Zahl der familieneigenen Arbeitskräfte auf ein Drittel und die der familienfremden sogar auf weniger als ein Zehntel. Gleichzeitig wurden die Viehbestände im Lande stark aufgestockt und die Hektarerträge der Kulturpflanzen sowie die Leistungen der Nutztiere erheblich gesteigert. Mechanisierung und Spezialisierung in den Betrieben ermöglichten den beschriebenen Strukturwandel. Da die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise überwiegend hinter der Preisentwicklung für andere Waren und Dienstleistungen zurückblieben, wurde durch stetig steigende Arbeitsproduktivität versucht, ein ausreichendes Betriebseinkommen für die Unternehmerfamilie zu erwirtschaften.

Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion führte jedoch dazu, daß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bei den preisgestützten Markterzeugnissen steigende Überschüsse entstanden und der EG-Haushalt dadurch zunehmend belastet wurde. Durch Neuausrichtung der Agrarpolitik — Kontingentierung (Zuckerrüben, Milch), Senken des Erzeugerpreinsniveaus (Getreide, Ölfrüchte) und Verringerung der Anbauflächen (Flächenstilllegung, Betriebsaufgabe in Verbindung mit einer Vorruhestandsregelung) — versucht die Kommission der EG die landwirtschaftliche Produktion stärker den innergemeinschaftlichen Absatzmöglichkeiten anzupassen. Auch wird nicht nur auf

nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene künftig mehr Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen sein. Vor allem in der Viehhaltung (Flächenbesatz) und bei der Dünger- und Pflanzenschutzmittelanwendung ist mit Umweltauflagen zu rechnen, die auf eine teilweise Extensivierung der Landbewirtschaftung hinauslaufen können. Der beschlossene europäische Binnenmarkt, der bis zum 1. Januar 1993 auch für Agrarerzeugnisse grenzfrei werden soll, wird den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Regionen der EG wahrscheinlich verstärken. Das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe wird sich daher in erster Linie nur dadurch halten oder steigern lassen, daß die Betriebe — auch bei Ausschöpfung aller zulässigen innerbetrieblichen Intensivierungsmöglichkeiten (Leistungssteigerung von Pflanze und Tier) — ihre Betriebsflächen weiter vergrößern und unter Nutzung des mechanisch-technischen Fortschritts Arbeitskraft durch leistungsfähigere Maschinen ersetzen.

Bundes- und Länderregierungen sind angesichts der schwierigen agrarpolitischen Lage in der EG und ungünstigen Einkommenslage in der Landwirtschaft bemüht, einerseits die landwirtschaftlichen Betriebe finanziell zu entlasten und die Wettbewerbskraft leistungsfähiger Familienbetriebe zu stärken, andererseits aber auch ausscheidungswilligen Landwirten die Aufgabe ihres Betriebes zu erleichtern. Um Beurteilungsmaßstäbe für die Ausgestaltung gegenwärtiger und zukünftiger agrarpolitischer Maßnahmen (Vorruhestandsregelungen, Hilfen für junge Landwirte) zu erhalten, wurden im Rahmen der Agrarberichterstattung 1987 erstmals betriebliche Angaben zur Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe (Hofnachfolge) erhoben.

Gesetzliche Grundlage für die Erhebung bildete die „Verordnung zur Durchführung des Zusatzprogramms nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Agrarberichterstattung“ vom 29. Oktober 1986. Gemäß § 1 dieser Verordnung wurden die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Alter von 45 und mehr Jahren in einer repräsentativen Stichprobe befragt,

- ob ein Hofnachfolger vorhanden sei und, wenn ja,
- welches Alter, welches Geschlecht und welche Ausbildung der potentielle Hofnachfolger habe.

Die Stichprobenauswahl entsprach derjenigen des repräsentativen Haupt- und Ergänzungsprogramms der Agrarberichterstattung 1987, so daß eine Auswertung

1) 1970 trat an die Stelle der „Landwirtschaftlichen Nutzfläche“ (LN) die „Landwirtschaftlich genutzte Fläche“ (LF), die „nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Flächen“ und „private Parkanlagen, Rasenflächen, Ziergärten“ nicht mehr enthält.

der Ergebnisse im betrieblichen Zusammenhang gewährleistet war. Dagegen ließen sich aufgrund der repräsentativen Erfassung² nur Landes-, aber keine Regionalergebnisse erstellen.

Altersstruktur der Betriebsinhaber

Im Mai 1987 wurden in Schleswig-Holstein 1,096 Mill. ha LF von 30 600 landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftet. Von diesen standen 30 400 in der Hand natürlicher Personen. Den Altersaufbau der Betriebsinhaber zeigt folgende Verteilung:

Alter von ... bis ... Jahre	Betriebsinhaber	
	Anzahl	%
unter 25	441	1,4
25 - 34	3 262	10,7
35 - 44	6 190	20,3
45 - 54	11 168	36,7
55 - 59	4 887	16,1
60 - 64	2 585	8,5
65 und älter	1 913	6,3
Insgesamt	30 446	100

Jeweils knapp ein Drittel der Betriebsinhaber war jünger als 45 Jahre oder älter als 55 Jahre. Mit einem Anteil von 37 % bildeten die 45- bis 54jährigen Betriebsinhaber die größte Altersgruppe. In diesem Altersstadium besteht die größte Stetigkeit in der betrieblichen Führung. In den darauf folgenden 10 Lebensjahren steigt die Bereitschaft, den Betrieb bereits vor Erreichen des Rentenalters — zunächst häufig auf dem Wege der Verpachtung — an einen Nachfolger zu übergeben. Nur wenige Personen bewirtschaften einen Betrieb über ihr 65. Lebensjahr hinaus. Dies ist verständlich, da bei Erreichen dieser Altersgrenze und gleichzeitiger Aufgabe der Bewirtschaftung des Betriebes die sogenannte landwirtschaftliche Altershilfe³ gewährt wird. Sie wurde eingeführt, um eine Überalterung in der Betriebsleitung zu vermeiden und eine soziale Absicherung der Landwirte zu erreichen. Die nachfolgende Generation übernimmt nunmehr die Betriebe überwiegend in einer Altersspanne von 25 bis 45 Jahren.

2) Anmerkung: Alle dargestellten Ergebnisse sind dem repräsentativen Auswertungsteil der Agrarberichterstattung entnommen. Zu den Ergebnissen des totalen Teils des Grundprogramms der Agrarberichterstattung (Betriebszahlen, Flächen, Viehbestände) können leichte Abweichungen auftreten.

3) Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. 7. 1957

27 900 Personen oder gut 90 % aller Betriebsinhaber waren männlichen Geschlechts, wobei der Anteil der Frauen in den jüngeren Altersstufen besonders klein ist. Da in den vorherrschenden Familienbetrieben die anfallenden Feld- und Stallarbeiten einen nicht unerheblichen körperlichen Arbeitseinsatz verlangen, wurde in der Vergangenheit der männlichen Hofnachfolge fast ausnahmslos der Vorrang gegeben. Mit zunehmendem Lebensalter vergrößert sich der Frauenanteil leicht dadurch, daß bei vorzeitigem Ableben des Ehegatten der Betrieb häufig von der Witwe solange weitergeführt wird, bis er von den Kindern nach Erreichen ihrer Volljährigkeit und Abschluß ihrer Ausbildung übernommen werden kann.

Jedoch ist auch anzunehmen, daß der Anteil der männlichen Betriebsinhaber in der Statistik überhöht dargestellt wird. Zum einen wird vereinzelt von dem Auskunftspflichtigen nicht zwischen Betriebsleiter und Betriebsinhaber unterschieden und der einheiratende, den Betrieb leitende männliche Ehepartner unter der Position Betriebsinhaber aufgeführt. Zum anderen ist häufig nicht ein einzelner Ehepartner alleiniger Betriebsinhaber, sondern das Landwirtehepaar bildet eine Gütergemeinschaft. Diese Form des Gemeinschaftsbesitzes wird jedoch — ebenso wie die verschiedenen Personengesellschaften — statistisch nicht gesondert erfragt, sondern es wird der betriebsleitenden oder älteren Person die Inhabereigenschaft formal zugewiesen.

Die Altersgliederung der Betriebsinhaber zeigt eine Beziehung zur Betriebsgröße:

Betriebsgrößen- klasse von ... bis unter ... ha LF	Betriebs- inhaber	Davon im Alter von ... bis ... Jahren in %		
		unter 45	45 - 59	60 und mehr
Unter 2	4 095	22	41	37
2 - 10	5 359	29	51	20
10 - 30	6 529	29	58	13
30 - 50	6 670	35	57	8
50 und mehr	7 793	41	51	7
Insgesamt	30 446	32	53	15

Aus der Übersicht geht deutlich hervor, daß sich mit abnehmender Betriebsgröße der Anteil älterer Betriebsinhaber stetig erhöht. Abgesehen vom Gartenbau handelt es sich im unteren Betriebsgrößenbereich neben zahlreichen Hobbybetrieben verbreitet um Resthöfe. Wenn ein Hofnachfolger oder Bewirtschafter fehlt, wird der landwirtschaftliche Betrieb bei Erreichen des

Ruhestandes meist aufgelöst und die überwiegende Fläche verpachtet, während die Hofstelle dem Betriebsinhaber weiterhin als Wohnsitz dient und er häufig eine nach dem Altershilfegesetz zulässige Restfläche⁴ vorübergehend weiterbewirtschaftet. Vergleichbares erfolgt manchmal auch bei der Übergabe an einen Hofnachfolger, indem Flächen noch eine zeitlang für eine eigenverantwortliche Beschäftigung im bisher ausgeübten Beruf zurückbehalten werden. Es ist außerdem anzunehmen, daß der Anreiz zur Übernahme eines Betriebes für die nachfolgende Generation um so geringer wird, je kleiner die Produktionskapazitäten sind, womit eine gewisse Überalterung der Betriebsinhaber mit sinkender Betriebsgröße einhergeht. Dagegen sind offenbar die mit Flächen relativ gut ausgestatteten Betriebe frühzeitig, meist vor dem 60. Lebensjahr des abgebenden Betriebsinhabers in jüngere Hände übergegangen.

Hofnachfolgererwartungen

Gut zwei Drittel der Betriebsinhaber hatten ein Alter von 45 und mehr Jahren, so daß sich allein aus Altersgründen für annähernd 20 000 Betriebe die Frage einer Hofnachfolge in den nächsten zwei Jahrzehnten stellen wird. An diesen Inhaberkreis richteten sich die Fragen zur Fortführung des Betriebes. Zunächst wurde erfragt, ob eine Person aus dem nahen oder weiteren Verwandtschaftskreis vorhanden sei, die den Betrieb zu gegebener Zeit übernehmen könnte. Bei Bejahung dieser Frage wurde der derzeitige Betriebsinhaber weiterhin um Auskunft gebeten, ob nach seiner Einschätzung

- der potentielle Hofnachfolger den Betrieb weiterbewirtschaften werde,
- die Weiterbewirtschaftung durch den Hofnachfolger ungewiß sei oder
- der Hofnachfolger den Betrieb nicht weiterbewirtschaften werde.

Ein Viertel des befragten Personenkreises — aus der Stichprobe hochgerechnet 5 200 Betriebe — hatte keinen Hofnachfolger. Von den 15 400 potentiellen Hofnachfolgern werden voraussichtlich 9 600 den Betrieb auch nach der Übergabe weiterführen, d. h. nur knapp jeder zweite befragte Betriebsinhaber sah die Weiterbewirtschaftung seines Betriebes durch einen Hofnachfolger als gesichert an. In 5 000 Fällen wurde die

4) Ein Betrieb im Sinne der Altershilfe besteht, wenn mindestens 2 ha Fischteiche oder 4 ha Ackerland oder 6 ha Grünland oder 40 ha Wald oder äquivalente Anteile dieser Nutzungsarten bewirtschaftet werden. Diese Grenzen dürfen bei Bezug der Altershilfe nicht erreicht werden.

Weiterbewirtschaftung als ungewiß eingeschätzt, und bei gut 800 Betrieben war davon auszugehen, daß der vorhandene Hofnachfolger den Betrieb nach der Hofübergabe nicht fortführen würde, d. h. dies waren zusammen ein Viertel der Betriebe mit Inhabern im Alter von 45 und mehr Jahren.

Hofnachfolge und Betriebsgröße

Die Antworten der Betriebsinhaber zur Frage der Hofnachfolge und Weiterbewirtschaftung des Betriebes stehen in deutlicher Beziehung zur Größe des Betriebes.

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	Alle Betriebe*	Darunter mit Inhaber im Alter von 45 und mehr Jahren	Davon ... in %			
			mit Hofnachfolger			ohne Hofnachfolger
			Weiterbewirtschaftung nach Hofübergabe:			
ja	unge- wiß	nein				
Unter 2	4 095	3 188	23	24	7	46
2 – 10	5 359	3 831	26	27	6	42
10 – 30	6 529	4 629	37	31	6	26
30 – 50	6 670	4 341	60	23	2	14
50 und mehr	7 793	4 564	78	14	1	6
Insgesamt	30 446	20 553	47	24	4	25

*) in der Hand natürlicher Personen

Von den Betrieben mit weniger als 10 ha LF hatten mehr als vier Zehntel der befragten Inhaber keinen Hofnachfolger. Auch in der Betriebsgrößenklasse von 10 bis 30 ha LF fehlte ein Hofnachfolger in jedem vierten Betrieb. Dagegen hatte nur jeder siebte Inhaber der Betriebe mit 30 bis 50 ha LF und nur jeder 15. Inhaber der Betriebe mit 50 und mehr ha LF keinen Hofnachfolger. Ebenso verringert sich mit steigender Betriebsgröße auch der Anteil der Betriebe, bei denen zwar ein potentieller Hofnachfolger vorhanden war, aber der befragte Betriebsinhaber es für ungewiß hielt oder dieser sogar ausschloß, daß der vorhandene Hofnachfolger den Betrieb weiterbewirtschaften werde, von zusammen etwa einem Drittel in den unteren Betriebsgrößenklassen auf 15 % bei den Betrieben ab 50 ha LF. Lediglich der Betriebsgrößenbereich von 10 bis 30 ha LF fällt etwas aus der Reihe heraus, indem hier die Ungewißheit über die künftige Weiterbewirtschaftung am stärksten ausgeprägt ist. Dementsprechend sieht nur ein Viertel der Inhaber von Betrieben unter 10 ha LF den Weiterbestand als gesichert an. Dieser Anteil nimmt über 37 % in der Größenklasse 10 bis 30 ha LF und 60 % der Betriebe mit 30 bis 50 ha LF auf mehr als drei Viertel der Betriebe ab 50 ha LF zu.

Gliedert man nun die Zahl der Betriebe zunächst nach einzelnen Hofnachfolgegruppen und dann nach ihrer Größe, dann werden einige Aspekte der o. a. Verteilung stärker akzentuiert.

Betriebsgrößenklasse von ... bis unter ... ha LF	Alle Betriebe*	Davon mit Inhaber im Alter von ...		Davon mit Hofnachfolger			ohne Hofnachfolger
		unter 45 Jahren	45 und mehr Jahren	Weiterbewirtschaftung nach Hofübergabe:			
				ja	unge- wiß	nein	
				%			
Unter 2	14	9	16	8	16	26	28
2 - 10	18	15	19	10	21	26	31
10 - 30	21	19	23	18	29	32	23
30 - 50	22	24	21	27	21	11	12
50 u. mehr	26	33	22	37	13	6	6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
				Anzahl			
Insgesamt	30 446	9 893	20 553	9 648	4 897	836	5 172

*) in der Hand natürlicher Personen

Somit hatten deutlich mehr als die Hälfte der Betriebe ohne Hofnachfolger sowie ohne Weiterbewirtschaftung durch den Hofnachfolger, gut ein Drittel der Betriebe mit ungewisser Zukunft, aber weniger als 20 % der Betriebe mit als sicher angenommener Weiterbewirtschaftung nach der Hofübergabe eine Größe unter 10 ha LF. Dagegen hatten weniger als 20 % der Betriebe ohne Hofnachfolger, ein Drittel der Betriebe mit ungewisser Weiterführung, aber nahezu zwei Drittel der Betriebe mit gesicherter Weiterbewirtschaftung eine Größe von 30 und mehr ha LF.

Die Bereitschaft des Hofnachfolgers zur Weiterbewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes hängt wesentlich davon ab, wie er im Vergleich zu einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit die Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit des Betriebes, der für einen langen Zeitraum seine Existenzgrundlage bilden soll, einschätzt, und dafür ist die Flächenausstattung ein wesentliches Kriterium.

Hofnachfolge und Standardbetriebseinkommen

Das Standardbetriebseinkommen (StBE) stellt einen geeigneten Maßstab für die Bewertung der wirtschaftlichen Größe oder Einkommenskapazität von Betrieben dar. Hierbei handelt es sich nicht um das tatsächliche

individuelle Betriebseinkommen, sondern um eine anhand der Anbauflächen und Tierbestände sowie Normgrößen und Annahmen errechnete kalkulatorische Größe. Sie kommt der möglichen geldlichen Bruttoleistung eines Betriebes aus seinen gesamten Betriebszweigen abzüglich der variablen Spezialkosten, festen Spezialkosten und Gemeinkosten (ausgenommen Lohn, Lohnanspruch, Pachten, Zinsen) nahe und entspricht vom Konzept her der Nettowertschöpfung zu Faktorkosten. Berücksichtigt sind hierbei neben Art und Größe der Anbauflächen und Viehbestände auch die standörtlich unterschiedliche Ertragslage im Pflanzenbau und der Tierhaltung durch eine naturräumlich abgestufte Leistungsbewertung.

Wie bei der Gliederung nach der Betriebsgröße vergrößert sich mit steigendem Standardbetriebseinkommen der Anteil der jüngeren Betriebsinhaber. So waren bei einem StBE unter 50 000 DM 27 %, von 50 000 bis 100 000 DM 38 % und von mehr als 100 000 DM 42 % der Betriebsinhaber jünger als 45 Jahre. Offensichtlich wurde bei ausreichender Kapazitätsausstattung der Übergang des Betriebes auf die nächste Generation frühzeitiger vollzogen und dürfte sich — wie nachfolgende Übersicht verdeutlicht — in dieser Weise in den nächsten zwei Jahrzehnten fortsetzen:

Standardbetriebseinkommen von ... bis unter ... Tsd. DM	Alle Betriebe*	Darunter mit Inhaber im Alter von 45 und mehr Jahren	Davon ... in %			ohne Hofnachfolger
			mit Hofnachfolger			
			Weiterbewirtschaftung nach Hofübergabe:			
			ja	unge- wiß	nein	
Unter 5	8 204	6 076	21	25	7	47
5 - 30	4 831	3 415	32	31	5	33
30 - 50	3 551	2 610	45	32	4	18
50 - 100	8 981	5 614	67	22	2	9
100 u. mehr	4 879	2 838	83	10	0	7
Insgesamt	30 446	20 553	47	24	4	25

*) in der Hand natürlicher Personen

Bei einem (niedrigen) Standardbetriebseinkommen unter 30 000 DM hatte jeder zweite bis dritte Betriebsinhaber im Alter von 45 Jahren und darüber keinen Hofnachfolger, und nur in jedem dritten bis fünften Betrieb wurde der Fortbestand des Betriebes als gesichert angesehen. Im mittleren Einkommensbereich von 30 000 bis 50 000 DM StBE wurde in jedem dritten Betrieb eine Weiterbewirtschaftung durch den Hofnachfolger als ungewiß eingeschätzt. Ein Standardbetriebseinkommen von 50 000 DM und mehr — derzeit wohl

schenden Höfe- oder Anerbenrecht überwiegend im Haupterwerb betrieben. Bei den Nebenerwerbsbetrieben des Landes dürfte es sich zum einen um die eingangs bereits genannten kleinen Hobby- und Resthöfe, zum anderen auch um ein fließendes Durchgangsstadium vom Vollerwerb bis zur späteren endgültigen Auflösung kapazitätsschwacher Betriebe handeln. Die derzeit wirtschaftende Inhabergeneration vermag durch die Kopplung zumindest teilweiser landwirtschaftlicher Tätigkeit und zusätzlich aufgenommenen anderweitiger Erwerbstätigkeit ein ausreichendes Familieneinkommen zu erwirtschaften. Die nachfolgende Generation ist überwiegend bereits durch das Elternhaus auf eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit ausgerichtet und steht berufsbedingt nicht mehr zur Verfügung oder wird nicht bereit sein, auf entsprechende Freizeit zu verzichten.

Hofnachfolge und Betriebsformen

Bei rd. 26 000 Betrieben oder 85 % aller landwirtschaftlichen Betriebe liegt der Wirtschaftsschwerpunkt im Marktfrucht- oder Futterbau. Trotz allgemein kleinerer Betriebsgröße der Futterbaubetriebe bestehen zwischen diesen beiden Betriebsformen keine wesentlichen Unterschiede in der Altersstruktur und in den Hofnachfolgeerwartungen. Jeder zweite befragte Betriebsinhaber glaubte, daß sein Betrieb durch einen Hofnachfolger fortgeführt würde.

Betriebsform	Alle Betriebe ¹⁾	Darunter mit Inhaber im Alter von 45 und mehr Jahren	Davon ... in %			
			mit Hofnachfolger		ohne Hofnachfolger	
			Weiterbewirtschaftung nach Hofübergabe:			
		ja	unge- wiß	nein		
Marktfruchtbetriebe	6 610	4 276	51	25	3	21
Futterbaubetriebe	19 351	12 982	49	24	4	24
Veredelungsbetriebe	1 987	1 390	21	28	10	41
Übrige landwirtschaftliche Betriebe	2 498	1 902	46	21	2	31
Insgesamt	30 446	20 553	47	24	4	25

1) in der Hand natürlicher Personen

Wohl aufgrund eingeschränkter Entwicklungsmöglichkeiten für den Futterbau nach Einführung der Milchgarantiemengenregelung und sinkender Erzeugerpreise bei den Marktfrüchten erscheint jedem vierten Landwirt die Weiterbewirtschaftung seines Betriebes ungewiß. Ebenfalls jeder vierte Inhaber eines Markt- oder Futterbaubetriebes hat keinen Hofnachfolger oder keinen Erben, der seinen Betrieb weiterführen wird.

Bei den Veredelungsbetrieben hat jeder zweite Betriebsinhaber entweder keinen Hofnachfolger oder er verneint die Frage nach der Weiterbewirtschaftung durch den potentiellen Hofnachfolger; nur jeder fünfte Inhaber sieht eine spätere Weiterbewirtschaftung durch den Hofnachfolger als gesichert an. Darin spiegelt sich die seit Jahren andauernde, wirtschaftlich schwierige Situation in der Schweinehaltung, zum Teil auch auf dem Geflügelsektor wider. Den Marktbewegungen ausgesetzte Erzeugerpreise und zu erwartende Auflagen durch den Umweltschutz — insbesondere bei geringer Flächenausstattung — dürften häufig unzureichende Zukunftsperspektiven in der Veredlung bieten. Bei den „übrigen“ landwirtschaftlichen Betrieben handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe, u. a. Dauerkultur-, Gartenbau-, Gemischt- und Kombinationsbetriebe, deren geringe Zahl wegen des möglichen Stichprobenfehlers für eine tiefere Auswertung nicht ausreicht. Gegenüber den beiden ersten Gruppen ist der Anteil älterer Betriebsinhaber sowie der Fälle ohne Hofnachfolger überdurchschnittlich hoch.

Flächen, Betriebsgrößen

Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes wurden 990 000 ha von 20 190 Betrieben im Haupterwerb und 93 000 ha von 10 300 Betrieben im Nebenerwerb bewirtschaftet. Auf die Betriebe von Inhabern, deren Lebensalter zum Erhebungszeitpunkt unter 45 Jahren lag und deren Hofübernahme sich somit in den letzten 20 Jahren vollzog, entfielen 405 000 ha oder 37 % der LF des Landes. Die Haupterwerbsbetriebe hatten dabei eine durchschnittliche Betriebsgröße von 55 ha LF und die Nebenerwerbsbetriebe von 11 ha LF.

Die Betriebsinhaber im Alter von 45 und mehr Jahren bewirtschafteten insgesamt 678 000 ha LF, darunter die im Alter von 65 und mehr Jahren nur 28 000 ha LF. Allein auf die Betriebe, deren Bestand auch zukünftig gesichert erscheint, entfielen mit 459 000 ha rd. 42 % der LF des Landes. Darunter wurden 431 000 ha LF von 7 800 Haupterwerbsbetrieben bewirtschaftet, für die sich eine durchschnittliche Betriebsgröße von 55 ha LF errechnete. Diese war etwa doppelt so groß wie bei den Haupterwerbsbetrieben mit ungewisser Zukunft oder ohne Hofnachfolger (27 ha LF). Ein vergleichbar unterschiedliches Betriebsgrößenverhältnis ergab sich zwischen den Nebenerwerbsbetrieben mit gesicherter Weiterbewirtschaftung (14 ha LF) und den Nebenerwerbsbetrieben mit ungewisser Hofübernahme oder ohne Hofnachfolger (6 ha LF).

Auf die Betriebe mit Inhabern unter 45 Jahren und die Betriebe mit voraussichtlicher Weiterbewirtschaftung nach einer Hofübergabe entfielen zusammen drei Viertel aller Haupt- und die Hälfte aller Nebenerwerbsbetriebe. Sie bewirtschafteten insgesamt 80 % der LF des Landes. Vergleichbare Anteile hatten diese Betriebe auch an den Tierbeständen (Rinder, Schweine) des Landes.

Geschlecht und Alter der Hofnachfolger

Mit einem Anteil von 83 % dominierten die Männer bei den potentiellen Hofnachfolgern wie bei den derzeitigen Betriebsinhabern. Von den Betriebsinhabern, nach deren Einschätzung der Betrieb auch nach der Hofübergabe fortgeführt wird, gaben 90 % einen männlichen Hoferben an, bei landwirtschaftlicher Haupterwerbsquelle sogar 92 %. Dagegen hatten ein Drittel der Betriebe mit ungewisser Zukunft einen weiblichen Hoferben.

Die voraussichtlichen Hoferben wiesen folgende Altersverteilung auf:

Lebensalter in Jahren	Hoferben	
	Anzahl	%
Unter 15	1 609	10,5
15 - 24	8 382	54,5
25 - 34	4 429	28,8
35 und mehr	961	6,2
Insgesamt	15 381	100

Nur ein geringer Anteil der angegebenen Hoferben steht noch im Kindesalter, d. h. gilt als LA noch nicht arbeitsfähig, oder hat bereits das 35. Lebensjahr überschritten. Insgesamt ein Drittel der Hofnachfolger ist älter als 25 Jahre und steht damit in einem für die Übernahme geeigneten Alter. Gut die Hälfte der Hofnachfolger wird dieses Altersstadium innerhalb des nächsten Jahrzehnts erreichen.

Ausbildung der Hofnachfolger

Für die Übernahme und Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes sind fachliche Kenntnisse erforderlich. Es wurden die Betriebsinhaber daher auch gefragt, ob bei ihren voraussichtlichen Hofnachfolgern eine Berufsausbildung vorhanden oder vorgesehen sei und — sofern mit „ja“ beantwortet — ob es sich um eine landwirtschaftliche oder nichtlandwirtschaftliche Berufsausbildung handelt:

Berufsausbildung	Hofnachfolger	
	Anzahl	%
Landwirtschaftlich	8 118	52,8
Land- und nichtlandwirtschaftlich	1 228	8,0
Nichtlandwirtschaftlich	5 025	32,7
Keine	1 010	6,6
Insgesamt	15 381	100

Sechs von zehn Betriebsinhabern gaben an, daß ihre Hofnachfolger eine landwirtschaftliche Ausbildung durchlaufen würden oder erhalten hätten. Für jeden siebten von ihnen wurde angegeben, daß er außerdem eine nichtlandwirtschaftliche Berufsausbildung habe. Nahezu ein Drittel der Hofnachfolger erfährt ausschließlich eine nichtlandwirtschaftliche Berufsausbildung und dürfte sich auf einen überwiegend außerhalb der Landwirtschaft liegenden Berufsweg ausrichten.

Betrachtet man nun die Hofnachfolger, die den Betrieb nach Einschätzung des Betriebsinhabers später weiterbewirtschaften werden und bereits das 15. Lebensjahr erreicht haben, so zeigt sich die folgende Ausbildungssituation:

Berufsausbildung	Hofnachfolger im Alter von 15 und mehr Jahren		Davon in einem ...			
			Haupterwerbsbetrieb		Nebenerwerbsbetrieb	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Landwirtschaftlich	6 478	73	5 915	83	563	32
Land- und nichtlandwirtschaftlich	441	5	337	5	103	6
Nichtlandwirtschaftlich	1 748	20	760	11	989	56
Keine	254	3	140	2	114	6
Insgesamt	8 921	100	7 152	100	1 769	100

Damit durchlaufen mehr als drei Viertel der für eine Übernahme des Betriebes vorgesehenen Hofnachfolger eine landwirtschaftliche Ausbildung, darunter nur wenige gleichzeitig eine nichtlandwirtschaftliche. Eine ausschließlich nichtlandwirtschaftliche Ausbildung erhält jeder fünfte der betreffenden Hofnachfolger. Weiterhin war die landwirtschaftliche Ausbildung bei den männlichen Hofnachfolgern (80 %) häufiger als bei den weiblichen (55 %). Erhebliche Unterschiede in der Art der Ausbildung bestehen zwischen den Hofnachfolgern von Betrieben, die im Haupterwerb, und denen, die im Nebenerwerb bewirtschaftet werden. Bei den Haupterwerbsbetrieben war die landwirtschaftliche (knapp

neun Zehntel) und bei den Nebenerwerbsbetrieben die nichtlandwirtschaftliche Berufsausbildung des Hofnachfolgers (nahezu zwei Drittel) eindeutig vorherrschend.

Noch stärker auf den außerlandwirtschaftlichen Bereich ausgerichtet waren die Hofnachfolger von den Betrieben, deren Weiterbewirtschaftung nach der Hofübergabe als ungewiß eingeschätzt oder bei denen die Frage danach verneint wurde. Bei gut sieben von zehn Hofnachfolgern war eine nichtlandwirtschaftliche Ausbildung vorhanden oder vorgesehen. Aus den Ergebnissen wird ersichtlich, daß die Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit eines Betriebes meist sehr frühzeitig erkannt wird und sich dann entsprechend langfristig auf die Ausbildung der Kinder der derzeitigen Betriebsinhaber auswirkt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Anteil der Hofnachfolger mit landwirtschaftlicher Ausbildung mit ansteigender Betriebsgröße und wachsendem Standardbetriebseinkommen deutlich ansteigt.

Mitarbeit im Betrieb

Von allen angegebenen Hofnachfolgern im Alter von 15 und mehr Jahren arbeiteten bereits gut zwei Drittel auf dem Betrieb des Inhabers mit, davon annähernd je zur Hälfte ständig und gelegentlich.

Betriebsgruppe	Hofnachfolger im Alter von 15 und mehr Jahren	Darunter mitarbeitend im Betrieb		Davon mit ... Mitarbeit	
		Anzahl	%	stän-diger	gele-gentlicher
Betriebe mit Hofnachfolger	13 772	9 472	69	48	52
Davon mit ... Weiterbewirtschaftung nach Hofübergabe „ja“	8 921	6 940	78	61	39
davon					
Haupterwerbsbetriebe	7 152	5 755	80	67	33
Nebenerwerbsbetriebe	1 769	1 185	67	29	71
Weiterbewirtschaftung nach Hofübergabe „ungewiß“ und „nein“	4 851	2 532	53	14	86

Auf den Betrieben mit gesicherter Hofnachfolge war der Anteil der mitarbeitenden Hoferben (78 %) wesentlich größer als auf den Betrieben mit ungewisser oder keiner Weiterbewirtschaftung (52 %). Außerdem erfolgte auf ersteren Betrieben die Mitarbeit überwiegend „ständig“ (61 %), bei letzteren überwiegend gelegentlich (86 %). Deutliche Unterschiede wurden auch zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben sichtbar. Während

sowohl Haupterwerbsbetriebe (81 %) als auch Nebenerwerbsbetriebe (67 %) in hohem Maße die Hilfe der Hofnachfolger in Anspruch nehmen, überwiegt erwartungsgemäß je nach Erwerbscharakter die ständige oder gelegentliche Mitarbeit.

Zusammenfassung und Ausblick

Nach der Altersgliederung der Betriebsinhaber wird sich für zwei von drei landwirtschaftlichen Betrieben die Frage einer Hofübergabe in den nächsten beiden Jahrzehnten stellen. Jeder vierte Inhaber dieser Betriebe hat keinen Hofnachfolger oder glaubt, daß der Hof von seinen Erben nicht weiterbewirtschaftet wird. Ein weiteres Viertel der Betriebsinhaber betrachtet die betriebliche Weiterführung durch den Hofnachfolger als ungewiß, so daß nur jeder zweite Inhaber den Bestand seines Betriebes auch in Zukunft als gesichert ansieht. Die Einschätzung des betrieblichen Fortbestandes durch den Betriebsinhaber steht in sehr enger Beziehung zur Einkommenskapazität der Betriebe, für die die Flächenausstattung ein wesentliches Kriterium darstellt. Bei den bestehenden Nebenerwerbsbetrieben sind die Hofnachfolge und die voraussichtliche Weiterbewirtschaftung durch den Hofnachfolger wesentlich weniger gesichert als bei den Haupterwerbsbetrieben. Die Erwartungen der Betriebsinhaber spiegeln sich auch in der Berufsausbildung der Hofnachfolger und deren Mitarbeit auf den Betrieben wider, indem die nachfolgende Generation bei unzureichenden betrieblichen Einkommensverhältnissen frühzeitig einen Berufsweg außerhalb der Landwirtschaft einschlägt.

Betrachtet man die Entwicklung der Betriebszahlen im letzten Jahrzehnt von 1977 bis 1987, so verringerte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Hand natürlicher Personen um nahezu 7 000 oder 15 %. Dieser Rückgang ging per Saldo voll zu Lasten der Haupterwerbsbetriebe, deren Zahl um ein Viertel abnahm, während die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe annähernd gleich blieb und dadurch deren Anteil an den landwirtschaftlichen Betrieben von einem Viertel auf ein Drittel anstieg. Zwischen der Entwicklung im letzten Jahrzehnt und der Einschätzung der künftigen Lage durch die Betriebsinhaber scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu bestehen. Doch — wie bereits beschrieben — handelt es sich bei den Nebenerwerbsbetrieben in Schleswig-Holstein sehr häufig um ein wenig stabiles Durchgangsstadium vom früheren landwirtschaftlichen Haupterwerb bis zur Hobbybewirtschaftung von Restflächen oder der vollständigen Betriebsauflösung, so daß auf diese Weise Abgänge aus der Gruppe der Nebenerwerbsbetriebe wieder ausgeglichen werden.

Aufgrund der allgemein ungünstigen Einkommenslage in der Landwirtschaft und der Ausrichtung der EG-Agrarpolitik (Preispolitik, Kontingentierung, Umweltschutz, gemeinsamer Binnenmarkt) wird sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft zu weniger und größeren betrieblichen Einheiten fortsetzen. Würde dieser Strukturwandel weiterhin in einer dem letzten Jahrzehnt vergleichbaren Größenordnung (jährliche Abnahmerate knapp 2 %) ablaufen, so würde die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den nächsten zwanzig Jahren um ein Drittel auf nur noch 20 000 zurückgehen. Dieser Endbestand entspräche rechnerisch der Zahl der Betriebe mit Inhabern im Alter unter 45 Jahren plus der Zahl der Betriebe, deren Inhaber am

Erhebungsstichtag 45 Jahre und älter waren und eine Weiterbewirtschaftung durch ihren Hofnachfolger erwarteten. Von diesen Betrieben, in der Mehrzahl Haupterwerbsbetriebe, wurden bereits 80 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes bewirtschaftet. Die Ergebnisse der Erhebung zur Hofnachfolge (Weiterbewirtschaftung der Betriebe, Ausbildung und Mitarbeit der Hofnachfolger) lassen erkennen, daß sich die Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen langfristig veränderten wirtschaftlichen Bedingungen anpassen.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Kurzbericht

Verarbeitendes Gewerbe: Inlandsbestellungen ziehen nach

Im ersten Halbjahr 1989 setzten sich im verarbeitenden Gewerbe die überaus positiven konjunkturellen Auftriebstendenzen fort, die bereits 1988 wirksam geworden waren. Die wirtschaftliche Entwicklung bietet weiterhin das Bild einer anhaltenden Hochkonjunktur. Eine Wende zeichnet sich nach den Berichten der Betriebe nicht ab.

So erhöhte sich der Einsatz von Arbeitskräften um 2,6 %. Die Betriebe meldeten im Durchschnitt des Halbjahres knapp 4 200 Erwerbstätige mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Einstellungen betrafen spürbar mehr Arbeiter (+ 2,2 %) als in den Vorjahren; an der seit langem beobachteten stets günstigeren Beschäftigtenentwicklung der Angestellten trat jedoch keine Änderung ein (+ 3,4 %). Die Lohn- und Gehaltssumme wuchs binnen Jahresfrist um 6,2 %.

Der Bestelleingang signalisiert zumindest kurzfristig — teilweise auch mittelfristig — eine befriedigende Kapazitätsauslastung der Betriebe. Der Wert der bestellten Erzeugnisse stieg im Vorjahresvergleich um 11,4 %. Dabei ist die Auslandsnachfrage mit einem Plus von 3,2 % nicht mehr so stark gestiegen wie 1988 gegenüber 1987; im Inlandsgeschäft kam es dagegen zu einer kräftigen Nachfragebelebung (+ 15,9 %). Im Schiffbau zeichnet sich eine merkliche Erholung ab, die in deutlich gestiegenen Ordereingängen insbesondere

von inländischen Kunden zum Ausdruck kommt. Insgesamt nahmen die Werften im ersten Halbjahr 1989 Bestellungen von über 1 Mrd. DM herein (+ 13,5 %).

Die gesamten Verkaufserlöse beliefen sich auf 19,6 Mrd. DM. Sie stiegen um 7,6 % an. Dabei war die relative Zunahme des Inlandsumsatzes (+ 7,7 %) etwas größer als die des Auslandsumsatzes (+ 7,3 %). Das Umsatzplus schrumpft allerdings spürbar, wenn man die Preiskomponente ausschaltet. Die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte im verarbeitenden Gewerbe haben nämlich in diesem Jahr nicht unerheblich angezogen; beim Inlandsabsatz sind es nahezu 4 % gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Die reale Steigerungsrate des Umsatzes im ersten Halbjahr 1989 ist dementsprechend geringer anzusetzen. Sie wird auf nahezu 4 % geschätzt.

Die Entwicklung des Energieverbrauchs — genauer: des Verbrauchs primärer Energieträger — ist im verarbeitenden Gewerbe stark vom nicht energetischen Einsatz des schweren Heizöls in wenigen Großbetrieben abhängig. So geht die Abnahme des Heizöleinsatzes um 16 % fast ausschließlich auf die Produktionseinschränkung in einem Einzelfalle zurück. Sie bewirkte, daß der gesamte Energieeinsatz in den Betrieben im ersten Halbjahr um 5,2 % sank. Gleichwohl war bei den Energieträgern Gas (+ 5,9 %) und Strom (+ 5,6 %) ein beträchtlicher Verbrauchszuwachs zu beobachten.

Klaus Scheithauer

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.
Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl s = geschätzte Zahl
r = berichtigte Zahl D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

- = nichts vorhanden

· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

/ = Zahlenwert nicht sicher genug

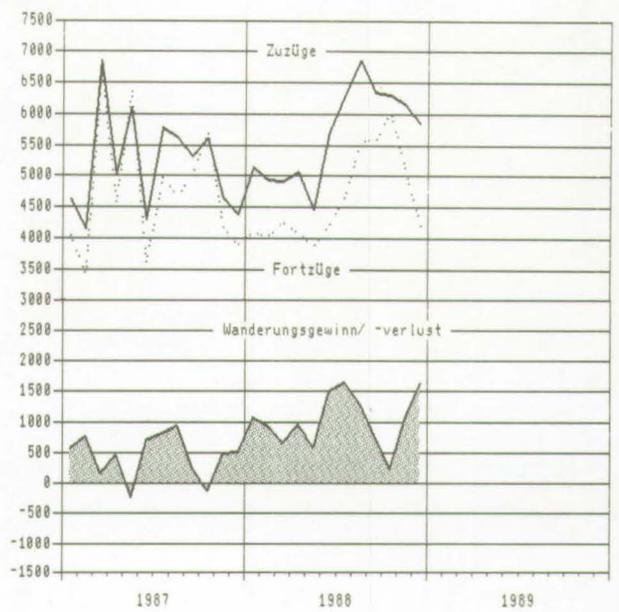
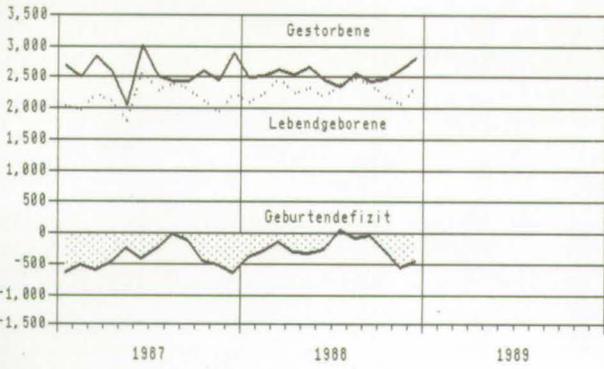
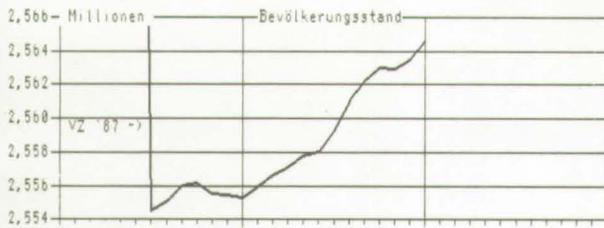
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

... = Angabe fällt später an

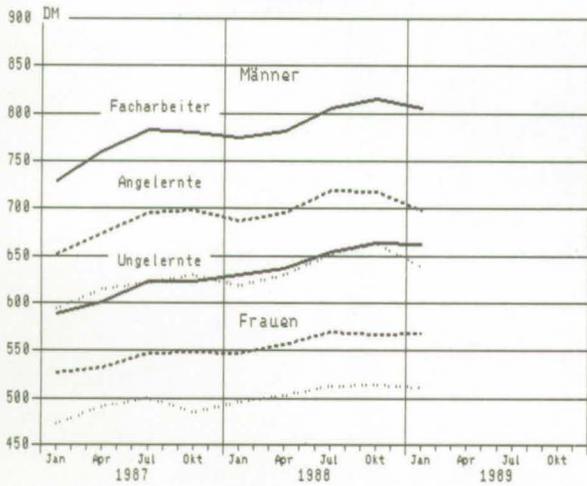
Entwicklung im Bild

D 5607 Stat.LA S-H (A)

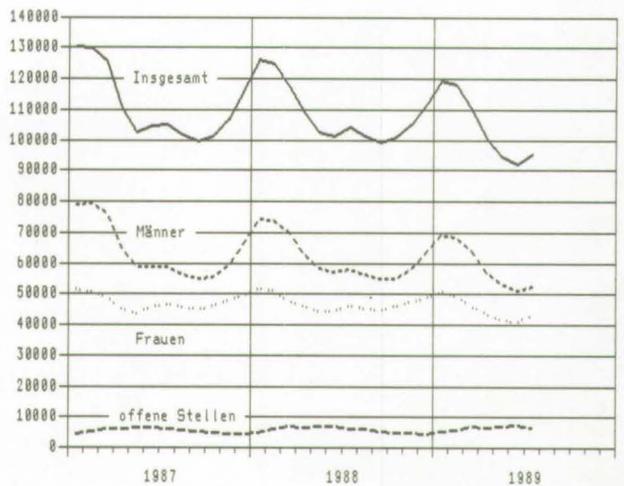
Bevölkerungsstand und -veränderung



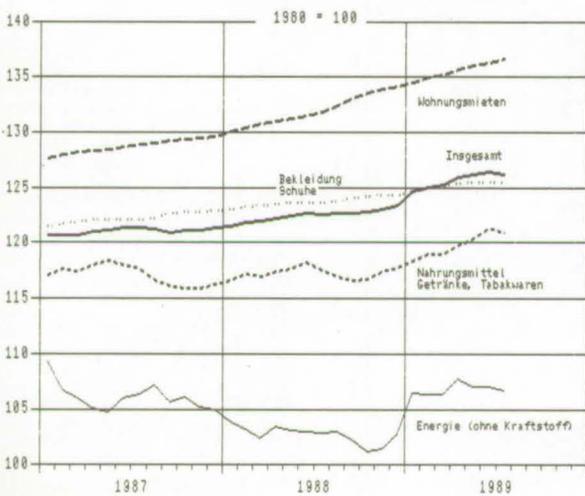
Bruttowochenverdienste



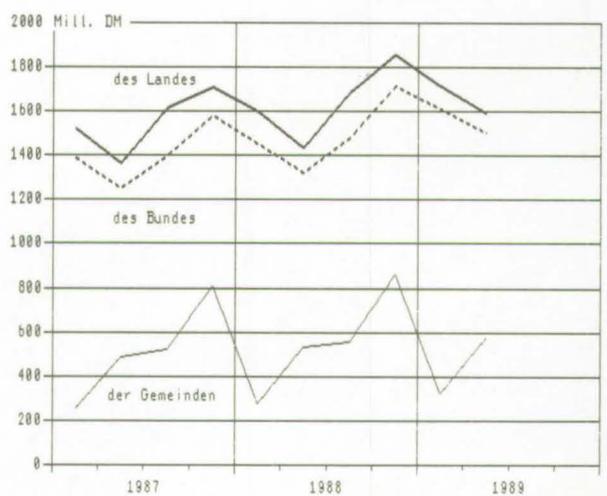
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenuer Str. 65 a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -